

Protokoll

der 6. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 6. März 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Claudio Miozzari, Grossratspräsident</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär</i> <i>Sabine Canton, II. Ratssekretärin</i> <i>Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	Alexandra Dill (SP), Lea Wirz (GAB), Christine Keller (SP), Daniel Seiler (SP).

Verhandlungsgegenstände:

12.	Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK	2
17.	Neue Interpellationen.....	5
17.1.	Interpellation Nr. 15 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Aufhebung des Jahreskartenverbands für das unterirdische Immobilien Basel-Stadt/SBB Veloparking.....	5
17.2.	Interpellation Nr. 16 Fleur Weibel betreffend Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen.....	6
17.3.	Interpellation Nr. 17 Raoul I. Furlano betreffend Auftragserteilung des BVD an eine Agentur für die Kommunikation über die Planung des «Tramnetz 2030»	7
17.4.	Interpellation Nr. 18 David Jenny betreffend steuerliche Attraktivität des Stiftungsstandort Basel-Stadt: Wie wird auf die Zürcher Konkurrenz reagiert?	8
17.5.	Interpellation Nr. 19 Michela Seggiani betreffend Rheinuferweg auf Grossbasler Seite	8
17.6.	Interpellation Nr. 20 Eric Weber betreffend Zunahme der Notrufe.....	9
17.7.	Interpellation Nr. 21 Adrian Iselin betreffend «Fasnachts Drämmli».....	9
17.8.	Interpellation Nr. 22 René Brigger betreffend fehlende Publikumsnutzung im Claratum	10
17.9.	Interpellation Nr. 23 Joël Thüring betreffend ein schockierender antisemitischer Vorfall bei der Basler Synagoge.....	10
17.10.	Interpellation Nr. 24 Béla Bartha betreffend Budget betreffend Budget für Lehrmittel an den Schulen Basel-Stadt	12
17.12.	Interpellation Nr. 25 Michael Hug betreffend ist der Regierungsrat nicht interessiert an der Erhöhung der Stromproduktion in Basel?.....	13
17.12.	Interpellation Nr. 26 Anina Ineichen betreffend Velounfälle am Burgfelderplatz – Folgen und Learnings..	13
14.	Petition P467 "Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel", Bericht der PetKo	13
15.	Petition P468 "Einführung von umfassender Aufklärung und Prävention gegen Allgemeine und sexuelle Belästigung in schulischen Bildungsprogrammen", Bericht der PetKo	17
16.	Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo.....	19
18.	Motion 1 Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg.....	22
19.	Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt.....	27
20.	Motion 3 Joël Thüring betreffend bequem durch die Innenstadt mit einem Trainersatz – damit betagte und mobilitätseingeschränkte Personen und das Gewerbe nicht vergessen gehen.....	30
21.	Anzug 1 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli	32
22.	Anzug 2 Eric Weber betreffend Hochgewichtige Menschen beim Kanton Basel-Stadt fördern.....	33

Beginn der 6. Sitzung

Mittwoch, 6. März 2024, 15:00 Uhr

12. Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

[06.03.24 15:00:13, 23.0940.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen vorerst eine Mitteilung zu machen. Es geht um die Basler Geschichtstage. Das Rathaus ist Teil der Basler Geschichtstage, die nächste Woche stattfinden, im Programm finden Sie auch Führungen im Rathaus mit Eva Gschwind, André Salvisberg oder Jo Vergeat und Sie finden auch ein Programm auf Ihrem Platz.

Wir setzen die Beratung zu Traktandum 12 fort ,Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus. Wir sind bei den Fraktionsvoten stehengeblieben. Nächster Fraktionssprecher ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Es wurde am Vormittag schon viel zu den Inhalten von Ratschlag und Bericht berichtet. Mein Votum ist eine kurze Zusammenfassung dessen, was vielleicht noch übrig bleibt. Es wurde berichtet über die verschiedenen Tätigkeiten von Basel Tourismus, über die gute Arbeit usw. Ich denke, Basel hatte allgemein aber besonders touristisch in den vergangenen Jahren mit zahlreichen Herausforderungen zu tun, der Wegfall von bedeutenden Messen aber auch die Pandemie hatte Folgen für die Besucherzahlen. Umso erfreulicher ist, dass sich nach einer zweijährigen kritischen Phase die Besucherzahlen derart erholen, dass sie sich beinahe wieder auf dem Niveau vor der Pandemie bewegen. Dies ist im touristischen Bereich hauptsächlich der engagierten Arbeit von Basel Tourismus zu verdanken. Es ist eine Freude zu sehen, dass sich auswärtige Gäste für unsere Stadt, deren Leben und Sehenswürdigkeiten interessieren. Gerade auch wir beim Zutritt zum Rathaus treffen ja immer wieder begeisterte Besucher an, und ich habe das Gefühl, es werden immer mehr, die Selfies und Filme machen und Basel in die Welt tragen.

Es ist richtig, dass der Kanton Basel Tourismus für die Sicherstellung ihrer Arbeit finanziell unterstützt, dies insbesondere auch, da die Arbeit von Basel Tourismus aus den Leistungsdaten, in den Berichten ist das ersichtlich, eine wichtige und sinnvolle und volkswirtschaftlich nicht unrelevante Auswirkungen auf unsere Stadt, insbesondere für das Gewerbe und die Einwohner:innen, aber auch für die Region hat. Auch in Bezug auf den Klimaschutz ist Basel Tourismus präsent und will mit der Nachhaltigkeitsstrategie bis 2030 erreichen, dass der Tourismus in Basel und seiner Umgebung einen maximal positiven Einfluss auf die lokale und globale nachhaltige Entwicklung hat.

Basel Tourismus beantragt rund 300'000 Franken mehr als vom Regierungsrat vorgeschlagen, dies hauptsächlich aus dem Grund, die unternehmerisch dringend notwendigen Reserven nicht auf ein risikoreiches Niveau abzubauen. Die Antragstellenden haben zu ihrem ursprünglichen Antrag, welcher höher gewesen wäre, während des Verhandlungsprozesses einem Kompromissvorschlag zugestimmt.

Gemäss WAK-Bericht soll eine Erhöhung bereits ab 2024 für das elektronische Logiernächtemanagement gewährt werden und bereits, entgegen dem Ratschlag, auf 2027 soll der Beitrag aufgrund der vorgelegten Finanzplanung so erhöht werden, dass die Reserven nicht angetastet werden müssen. Dies ist plausibel und macht durchaus Sinn. Aus diesem Grund und damit Basel Tourismus weiterhin innovativ und engagiert sichtbar und sehr gute Arbeit leisten kann, bitte ich Sie, den Bericht der WAK zu genehmigen und deren Antrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich betreibe als Grossrat Spasspolitik und habe Spass daran. Es geht um Basel Tourismus. Es geht um Basel. Basel heisst auf Deutsch übersetzt Schweinesuhle. Ich habe das den Briefkastenonkel von der Basler Zeitung, Herrn Forster, gefragt und zwar 1981, als ich Gymnasiast war. Darum hätten wir mehr Touristen, wenn wir den Namen ändern würden. Das wäre auch besser für Basel Tourismus.

Sie erinnern sich an meinen legitimen Anzug, den ich gestellt habe. Ich habe beantragt, Basel umtaufen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, bitte sprechen Sie zu Basel Tourismus.

Eric Weber (Fraktionslos): Genau, aber ich würde sagen, wenn Basel umgetauft würde in Eric Weber-Stadt, hätten wir mehr Touristen.

Ich bin der einzige Gegenkandidat vom Conradin Cramer, und wenn ich Präsident bin, werde ich für Basel Tourismus viel machen. Ich habe alles gehört, was meine Vorredner gesagt haben, darum darf ich auch zum Thema Basel Tourismus reden. Als Journalist habe ich 2011 eine Einladung bekommen von Basel Tourismus. Ich habe von Basel Tourismus Essensgutscheine bekommen, ich habe Hotelübernachtung bekommen in Baselland, und darum sage ich auch vielen Dank an Basel Tourismus für die Einladung an mich als Journalist für Zeitungen aus Deutschland. Ich möchte mich auch bei Basel Tourismus bedanken, Basel Tourismus versendet seit 30 Jahren auf meinen Wunsch hin Geschenkpakete über Basel, mit schönen Heften über Basel, Stadtplänen, Broschüren, und Basel Tourismus versendet das weltweit, auch nach Russland, auch nach Brasilien, auch wenn das Porto 20 Franken kostet. Das finde ich eine tolle Leistung von Basel Tourismus.

Schweiz Tourismus verschickt nichts mehr per Post, weil es einfach zu teuer ist. Und da habe ich mich beschwert. Es sei alles online, aber ältere Leute wollen nicht online gehen, und darum danke ich Basel Tourismus, dass Basel Tourismus weltweit gratis Prospekte verschickt auf Deutsch, Ukrainisch, Russisch, Französisch, Italienisch und Spanisch, die Broschüre mit schönen Bildern über Basel. Ich bitte, die Bilder von Basel Tourismus einzublenden. Diese schönen Basel Tourismus-Karten kann man kaufen, aber das Problem ist, die wunderschönen Motive, die Sie hier sehen, sind in den Basel-Prospekten von Basel Tourismus nicht vorhanden, die schönen Motive vom Münster, mit dem Rhein, Möwen am Kleinbasler Ufer, kann man in den Broschüren von Basel Tourismus nicht sehen, und das finde ich schade.

Ich habe Basel Tourismus gelobt, aber ich muss natürlich auch als Grossrat die schlechten Sachen sagen. Wenn man beim Bahnhof SBB ankommt, muss man sagen, ist es traurig, was man dort sieht. In Russland und in anderen Ländern, etwa den Emiraten, wird alles weggeräumt, das nicht arbeitet. Und ich bin traurig als Grossrat darüber, was man sieht, wenn man als Tourist hier in Basel SBB ankommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, bitte sprechen Sie zur Sache. Ich muss Sie warnen, solche Aussagen gehen zu weit.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber die Basler Zeitung thematisiert täglich, was vor dem Bahnhof ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ihre Redezeit ist um. Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Herzlichen Dank für diese sehr wohlwollenden Voten am späten Vormittag. Das hat mir gut getan. Unsere Branche hat es nötig. Für uns Hoteliers, und ich bin einer davon, ist die Situation nicht so rosig, wie es scheint. Natürlich sind die Übernachtungszahlen in Basel wieder über dem Niveau von 2019, aber wir haben gleichzeitig viel mehr Hotelbetten und unsere Auslastung ist im Moment sehr schlecht. Wenn sie sehr schlecht sind, sind die Preise tief. Wir kämpfen und wir kämpfen auch um die Arbeitsplätze. Beda Baumgartner hat natürlich recht, wir bieten sehr viel von den niederschweligen Einstiegsmöglichkeiten in der Stadt an.

Ich danke auch explizit Lorenz Amiet für das Votum. Er hat gesagt, es sei das Minimum. Er hätte mehr erwartet von der Regierung, aber wir sind mit diesem Minimum jetzt zufrieden und danken der WAK, dass sie hier einen Kompromiss geschmiedet hat.

Ich möchte einfach noch auf etwas hinweisen. Wenn es unserer Branche gut geht, wenn die Touristen in der Stadt sind, geht es noch viele anderen Branchen sehr gut. Ich habe um die Weihnachtszeit mit einer Verkäuferin von einem Schuhladen in der Gerbergasse gesprochen und sie hat gesagt, sie hätte noch nie so viele spontane Einkäufe gab wie dieses Jahr. Das ist eine Folge von unserem tollen Weihnachtsmarkt, der europaweit Ausstrahlungskraft hat. Also auch die Detailhändler in der Innerstadt, die Gastronomie profitieren, wenn wir eine attraktive Destination.

Und ich kann Ihnen sagen, Tourismus ist auch eine Wirkung von aussen und hier erwarte ich oder würde ich mir wünschen, dass wir als Parlamentarier und wir als Bevölkerung guter Gastgeber sein werden, auch wenn die Art wieder zu uns kommt. Hier haben wir Potenzial, noch besser zu werden. Bei uns ist das Beruf. Wir machen es mit Herzblut und wir laden Sie ein, auch Gastgeber zu sein für unsere tolle Stadt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Eric Weber eingetragen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin wahrscheinlich der einzige Grossrat, der schon ein paar Mal im Hotel meines Vorredners übernachtet hat, im Hotel Kraft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Was haben Sie zum aktuellen Geschäft zu sagen?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin seit 40 Jahre Grossrat. Ich möchte auf meinen Vorredner Bezug nehmen. Mein Vorredner hat sich beschwert, sachlich und elegant. Wir müssen genau zuhören. Mein Vorredner hat sich beschwert über die schlechte Auslastung der Hotels in Basel. Das muss ich noch einmal festhalten. Ich weiss jetzt nicht, ob er sein Hotel genannt hat oder andere, aber der Vorredner hat gesagt, die Auslastung in den Hotels in Basel sei schlecht. Warum ist die Auslastung schlecht? Weil die Preise zu hoch sind. Die Leute gehen nach Lörrach, nach Haltingen, Weil am Rhein. Sie gehen nach Saint Louis oder nach Colmar, weil es dort nicht so teuer ist. Wenn man dann halt so hohe Preise hat, dann tut es halt den Touristen einfach weh und man weicht aus bis an den Bodensee.

Und weil die Preise so teuer sind, ist die Auslastung schlecht und verlagert sich nach Frankreich und nach Deutschland und in den Kanton Baselland, wo es nicht so teuer ist. Selbst ich habe von Basel Tourismus das Hotel in Muttenz bekommen, weil Basel scheinbar zu teuer ist. Und dann habe ich natürlich auch gestaunt, dass ich als Journalist aus Deutschland eingeladen bin von Basel Tourismus und im Hotel in Muttenz bin. Und das muss man einfach einmal ganz klar festhalten. In der Basler Zeitung steht seit 30 Jahren, dass die Preise während den Messen zu teuer sind und dass das die Leute verärgert.

Ich bin halt in der Stadt unterwegs. Sie wissen, seit gestern ist das Hotel Merian wieder offen. Ich bin erschrocken, keine Persönlichkeit, kein Herz ist in diesem Hotel. Es gibt ein Self-Check-in, das keiner versteht, und dann kommen die Leute natürlich auch nicht. Ein Gast möchte an der Rezeption reden, möchte sagen, dass er eine lange Anreise gehabt habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 13 des Berichts)

Titel und Ingress, einziger Absatz.

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt Ausgaben von 7,7 Millionen statt 8 Millionen. Ich eröffne hierzu die Debatte. Zuerst geht das Wort an den Antragsteller. Er verzichtet. Die Kommissionssprecherin verzichtet ebenfalls. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 88 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003000, 06.03.24 15:17:49]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 88 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Publikations und Referendums Klausel

Wir kommen bereits zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003002, 06.03.24 15:18:35]

Der Grosse Rat beschliesst

Für Basel Tourismus werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 8'000'000 (2024: Fr. 1'950'000, 2025: Fr. 1'950'000, 2026: Fr. 1'950'000, 2027: Fr. 2'150'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.

17. Neue Interpellationen

[06.03.24 15:18:59]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Das ist nicht der Fall. Damit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

17.1. Interpellation Nr. 15 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Aufhebung des Jahreskartenverbands für das unterirdische Immobilien Basel-Stadt/SBB Veloparking

[06.03.24 15:19:25, 24.5057.01]

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu den Fragen 1,2 und 3: Die Kurzparktickets und Monatsparkkarten sind bereits nur für ein Park-Abteil gültig. Auf Vorschlag von SBB Immobilien wurde nun auch der Verbund der Jahresparkkarten aufgelöst, einerseits weil die Einnahmen bisher nicht eindeutig zugeordnet werden konnten, andererseits war es mit der Verbundlösung nicht möglich, die Anzahl der Jahresparkkarten pro Parkabteil zu beschränken. Da die Jahreskarten so günstig sind, verkaufen sowohl der Kanton als auch SBB Immobilien nur eine begrenzte Menge davon, damit es jeweils genügend freie Stellplätzen für Kurzparkende gibt. Da die Kundinnen und Kunden mit den Jahresparkkarten aber auch im jeweils anderen Parkabteil parken konnten, waren die geparkten Velos häufig nicht ausgeglichen verteilt. Eines der Parkabteile war stark überfüllt, während es im anderen noch viele freie Plätze gab.

Hinzu kommt, dass die Kundinnen und Kunden in der Regel immer im selben Parkabteil parken und dieses nicht täglich wechseln. Deshalb wurde der Jahreskartenverbund kaum genutzt. Im Anschluss an die Auflösung gab es vereinzelt Rückmeldungen von Kundinnen und Kunden, welche das Parkabteil wechseln wollten. Mit allen Betroffenen wurde eine Lösung gefunden und Sie bekamen auf Wunsch umgehend eine Parkkarte für das jeweils andere Parkabteil. Aus all diesen Gründen wird eine Wiederaufnahme des Jahreskartenverbands nicht als notwendige erachtet.

Zu Frage 4: Es handelt sich um einen bedauerlichen Fehler. Das Schreiben hätte so nicht aufgehängt werden dürfen. Zukünftig werden die Kommunikationsmittel vor ihrer Veröffentlichung enger von der zuständigen Stelle überprüft.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich bin selbstverständlich nicht glücklich über die Beantwortung dieser Interpellation. Es ist möglich, dass es für die Verwaltung einfacher ist, wenn man diese beiden praktisch nebeneinanderliegenden Veloparkings unten am Bahnhof getrennt führt. Ich benutze sie relativ oft, für mich ist als Kunde aber ist das eine klare Verschlechterung des bisherigen Zustandes und ich sehe nicht ein, weshalb man hier nicht kundenfreundlicher ist, nur damit es möglicherweise für den Betrieb einfacher ist. Dass das eine etwas besser gefüllt ist als das andere hat wohl auch mit der Bedienerfreundlichkeit zu tun. Das eine ist halt einfach viel einfacher zu handhaben als das andere. Also geht man wenn immer möglich in das eine, wenn da freie Plätze sind. Aber insgesamt hat das bestens funktioniert und es ist kein Grund ersichtlich, weshalb man das ändern sollte und weshalb man das nicht in Zukunft wieder zusammenführen soll.

Offenbar hatte das auch einen Zusammenhang mit dem Wechsel der Betreibergesellschaft. Das ist eher zufällig gleichzeitig geschehen, aber da werden offenbar schlechtere Bedingungen für die Mitarbeitenden gemacht. Das ist zufälliges zeitliches Zusammentreffen, aber es scheint, dass hier etwas sehr hemdsärmelig und rasch gemacht worden ist. Auf dem Bild sehen Sie, wie das den Kundinnen und Kunden kommuniziert wurde. Ich bin mit dem Velo dorthin gefahren und das war dann der Aushang. Das kann doch so nicht gehen.

Ich bin unglücklich darüber, wie das gemacht worden ist, und würde es sehr begrüssen, wenn das wieder zusammengeführt würde. Ich bin aber froh zu hören, dass das Departement die Kommunikation selber an die Hand nimmt künftig und dass man das nicht so hemdsärmelig macht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

17.2. Interpellation Nr. 16 Fleur Weibel betreffend Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen

[06.03.24 15:25:04, 24.5071.01]

Fleur Weibel (GAB): Ich möchte kurz begründen, warum ich die Interpellation zur Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen eingereicht habe. Ende Januar hat Sicherheitsdirektorin Stephanie Eymann neben anderen Massnahmen zur Drogenproblematik im Kleinbasel auch verkündet, dass neu zwei Schulen im Kleinbasel von Sicherheitspersonal bewacht werden sollen, dies als Reaktion darauf, dass Schüler:innen teilweise auf Schultoiletten von Dealern angesprochen wurden und dass es ausserdem auch zu Fällen von sexueller Belästigung gekommen ist, was natürlich sehr besorgniserregende Darstellungen sind, die auch zu einem grossen Medienecho geführt haben.

Was aus meiner Sicht fehlt, um diese Massnahme einordnen zu können, ist eine sachliche und faktenbasierte Darlegung der effektiven Vorfälle, auf deren Grundlage diese aussergewöhnliche Sicherheitsmassnahme beschlossen worden. Eine Interpellation, die im letzten Monat von Beda Baumgartner eingereicht wurde, wurde nicht wirklich beantwortet und ich reiche jetzt deshalb diese Interpellation nach, um noch einmal ein bisschen Transparenz in die Sache bekommen zu können, um besser abschätzen zu können, ob diese Massnahme der Bewachung von zwei öffentlichen Schulhäusern gerechtfertigt ist.

Der Hintergrund ist auch, dass ich aus dem Umfeld der Schulen einerseits gehört habe, dass sich Lehrpersonen zum Teil nicht bewusst sind, um was für eine Situation es sich handelt und ich andererseits auch Kritik vernommen habe auch von Seiten von betroffenen Elternräten, die diese Massnahme der Bewachung der Schulen als nicht unbedingt geeignet angesehen haben, weil es gleichzeitig ja auch das Unsicherheitsgefühl stärken kann.

Meine Fragen sind deshalb einerseits, was die konkrete Faktenlage ist, auf der diese Massnahme beschlossen wurde. Gerade bezüglich der Vorfälle von sexueller Belästigung würde es mich interessieren, ob es zu Anzeigen gekommen ist, wer diese Fälle gemeldet hat, von wie vielen Fällen wir sprechen, das gleiche auch bezüglich dem Dealen auf den Schultoiletten, auch da würde mich interessieren, ob Anzeigen eingereicht wurden, um was für Drogen es sich handelt, wie häufig diese Fälle vorgekommen sind, ob beide Schulhäuser gleich betroffen sind, ob es auch andere Schulhäuser gibt, in denen solche Vorfälle geschehen sind.

Dann würde mich vor allem auch interessieren, was das Erziehungsdepartement zur Bewachung der öffentlichen Schulen sagt, inwiefern das Erziehungsdepartement auch beteiligt war. Und schlussendlich nimmt es mich auch wunder, ob bereits bekannt ist, ab wann, in welchem Umfang, durch wen und für wie lange die beiden Schulhäuser bewacht werden sollen. Mich würde auch interessieren, was das Ziel der Massnahme letztlich ist und wann das Ziel erreicht ist, so dass dann auch mit der Bewachung wieder aufgehört werden kann. Ich bin sehr gespannt auf die Antwort der Regierung auf meine Interpellation.

17.3. Interpellation Nr. 17 Raoul I. Furlano betreffend Auftragserteilung des BVD an eine Agentur für die Kommunikation über die Planung des «Tramnetz 2030»

[06.03.24 15:29:00, 24.5072.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Das Informationsgesetz verpflichtet die kantonale Verwaltung, die Öffentlichkeit über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse zu informieren. Die Tramnetzentwicklung betrifft und interessiert die Bevölkerung in hohem Masse. Es geht bei dem Auftrag darum, der Öffentlichkeit alle Informationen in gut verständlicher Form zur Verfügung zu stellen und mit ihr im Dialog zu sein. So ist ein Meinungsbildungsprozess möglich.

Zu Fragen 2 und 3: Bei der Tramnetzentwicklung handelt es sich um einen Auftrag des Grossen Rats. Mit dem Grossratsbeschluss zum Gegenvorschlag zur Traminitiative wurde der Kanton mit der Tramnetzentwicklung beauftragt. Dazu hat der Grosse Rat einen Rahmenkredit von 350 Millionen Franken gesprochen. 2021 hat der Kanton gemeinsam mit Basel-Landschaft sowie mit BVB und BLT, den beiden Transportunternehmen, die Öffentlichkeit über das Tramnetz 2030 informiert. Mit dem genannten Auftrag werden die Kommunikationsaktivitäten weitergeführt. Mit der Verabschiedung des neuen Partizipationsgesetzes kommt zudem dem Einbezug der Bevölkerung eine noch höhere Bedeutung zu. Der Kanton setzt diesen Auftrag des Parlaments um.

Zu Frage 4: Das vorgesehene Budget von rund 225'000 Franken erstreckt sich insgesamt über vier Jahre. Das sind pro Jahr nur rund 56'000 Franken. Angesichts der hohen strategischen Relevanz des ÖV-Ausbaus für den Klimaschutz und für den Modalsplit ist dies angemessen.

Zu Frage 5: Angesichts der Vielzahl laufender und bevorstehender Projekte ist das BVD insbesondere bei der Kommunikation grösserer Infrastrukturvorhaben auf externe Unterstützung angewiesen.

Zu Frage 6: Das Budget für Kommunikationsmassnahmen wird jeweils im Rahmen eines Projektbudgets eingeplant. Es gibt dafür keine separaten Budgets.

Balz Herter (Mitte-EVP): Besten Dank. Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich bin teilweise zufrieden mit dieser Antwort. Sie sagen, was Sache ist, völlig offen und ehrlich, und das ist gut so. Aber der Kern dieser Frage ist für mich und für die LDP, insbesondere weil wir das auch in der LDP diskutiert haben, dass wir gemerkt haben, dass gewisse Departemente gewisse Aufgaben, zu denen sie durchaus Fachwissen hätten, extern vergeben. Und das verstehen wir einfach nicht und das wollen wir auch nicht verstehen. Sie Erklärung ist sehr, sehr dünn. Wenn wir überall so denken, dann haben wir ein Giesskannenprinzip, das wir nicht so toll finden. Ihre Antworten sind offen, ehrlich und in Ordnung, aber was dahinter steckt, ist nicht in Ordnung, und deshalb bin ich nur teilweise zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

David Jenny (FDP): Ich bin froh, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird, das heisst, sie wird ernst genommen, und ich hoffe, dass ich in einem Monat sagen kann, dass ich mit der Antwort zufrieden bin. Wir haben heute Morgen über die Konkurrenz unter Standorten geredet im Zusammenhang mit BaselArea, und die meisten von uns haben erkannt, dass wir uns dieser Realität stellen müssen.

Es gibt aber auch eine Konkurrenz bei den Standorten für Stiftungen. Wir sagen immer, wir seien die Stiftungshauptstadt, wir ruhen uns ein bisschen auf den Lorbeeren aus. Vor ein paar Jahren hat Genf auch eine relativ grosse Initiative unternommen, um eben aufzuholen in diesem Bereich. Und nun, näher bei uns, hat Zürich zugeschlagen und dort, wo es wirklich einschlägt, nämlich bei der steuerlichen Behandlung. In einigen Punkten sieht so aus, als ob wir doch entscheidend

zurückfallen. Ich nenne zum Beispiel die Behandlung der Fördertätigkeit im Ausland, nämlich wie das steuerlich beurteilt wird, wenn es um die Gemeinnützigkeit geht. Solche Stiftungen sind vor allem oft Stiftungen, die relativ gross sind, die auch Personal beschäftigen. Es gibt auch diese Studie der PWC von 2019 und der Swiss-Foundations, in der auch gesagt wird, dass steuerbefreite Stiftung sehr schnell ein lohnendes Geschäft für die Gesellschaft sind, indem sie weitaus mehr Mittel ausschütten, als der Staat oder die Besteuerung erzielen könnte.

Ich hoffe, dass dann aus der Antwort der Regierung hervorgehen wird, dass sie bereit ist, um unsere Konkurrenzfähigkeit bezüglich Stiftungen zu kämpfen. Das meiste, was hier angeregt wird um Zürich zu folgen, braucht keine Gesetzesänderungen. Da muss nur die Praxis der Steuerverwaltung entsprechend angepasst werden. In diesem Sinne freue ich mich schon jetzt auf eine konstruktive Antwort unserer Regierung, die uns helfen wird, unseren Platz an der Sonne unter den Stiftungsstandorten aufrechtzuerhalten.

17.4. Interpellation Nr. 18 David Jenny betreffend steuerliche Attraktivität des Stiftungsstandort Basel-Stadt: Wie wird auf die Zürcher Konkurrenz reagiert?

[, 24.5074.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

17.5. Interpellation Nr. 19 Michela Seggiani betreffend Rheinuferweg auf Grossbasler Seite

[06.03.24 15:36:32, 24.5075.01]

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Die temporäre Baupiste ist auf eine Dauer von zwei bis drei Jahren und die Nutzung durch Baumaschinen ausgelegt. Sie erfüllt die gesetzlichen Erfordernisse an einen öffentlichen Weg nicht, wie beispielsweise im Bereich Behindertengleichstellung und Gewässerschutz. Bei Hochwasser besteht das Risiko, dass die Baupiste weggespült wird. Auch für die Schifffahrt stellt die Baupiste ein Risiko dar, das nur temporär geduldet wird.

Zu Frage 2: Die Baupiste müsste vollständig zurückgebaut und es müsste ein neues Projekt ausgearbeitet werden. Die Voraussetzungen für eine Bewilligung eines Rheinuferwegs könnte erst anhand eines konkreten Projekts geklärt werden.

Zu Frage 3: Weil das Appellationsgericht im Jahr 2001 das öffentliche Interesse an einem Rheinuferweg als geringer einschätzte als dasjenige an der Erhaltung der heutigen Situation, befragte man in einer Volksabstimmung die Bevölkerung. Eine Annahme der Initiative hätte der Regierungsrat als Bestätigung eines öffentlichen Interesses gewertet. Das Basler Stimmvolk lehnte das Projekt jedoch im Mai 2014 ab. Seit diesem Volksentscheid liegt kein neuer politischer Auftrag vor. Entsprechend plant der Regierungsrat keinen Rheinuferweg an dieser Stelle. Die Rahmenbedingungen für ein solches Projekt haben sich zudem in den letzten Jahren erschwert. Heute befindet sich das Gebiet sowohl im Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz, genannt ISOS, als auch im kantonalen Inventar der schützenswerten Naturobjekte.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Michela Seggiani (SP): Vielen Dank für die sehr rasche Bearbeitung und auch für die Beantwortung meiner Interpellation. Offensichtlich ist es doch ein grosses Anliegen der Basler Bevölkerung, den Rheinuferweg auch auf der Grossbaslerseite weiterzudenken, wie auch diverse Medienberichte zum Vorstoss beweisen. Es ist auch ein sehr emotionales Thema, wie ich an den zahlreichen sehr positiven, aber zum Teil auch wirklich negativen Reaktionen gespürt habe.

Natürlich ist es wirklich sehr schade, dass man die jetzige Kiespiste nicht stehenlassen kann. Als Spaziergängerin aber auch als Politikerin bedaure ich das sehr, auch, dass die Bestimmungen, die ich ja verstehe, dagegensprechen. Als Nichtexpertin muss ich das einfach akzeptieren, aber wirklich verstehen kann ich das dann trotzdem nicht.

Was ich auch nicht verstehe ist, warum man die Uferböschung dann im Zuge der Bauarbeiten nicht gleich so bearbeitet oder aufbereitet hat, dass sie nachhaltig auch für die Bevölkerung verwendet werden kann im Anschluss. Es wäre eben genau

nicht meine Idee gewesen, wieder einen ganz neuen politischen Auftrag zu generieren, um vielleicht einmal einen Rheinuferweg an dieser Stelle zu haben. Meine Idee war, ganz pragmatisch vorzugehen und ich gebe es zu, eher im Sinne der Baslerinnen und Basler als im Sinne zum Beispiel des Denkmalschutzes, die Lebensqualität in der Stadt mit einem Rheinuferweg zu steigern. Ich werde jetzt auch schauen, wie und ob es Sinn macht, das Thema weiterzutragen.

Ich bin teilweise zufrieden mit der Antwort, denn «geht nicht» geht oft genau so lange nicht, bis es eben dann trotzdem geht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

17.6. Interpellation Nr. 20 Eric Weber betreffend Zunahme der Notrufe

[06.03.24 15:41:25, 24.5077.01]

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe Fragen gestellt im Februar. Meine Fragen wurden einfach nicht beantwortet. Das geht nicht. Jedes Kind lernt, dass das Parlament da ist, um die Regierung zu kontrollieren, aber wir Grossräte bekommen oftmals keine Antworten von der Regierung. Ich habe diese Interpellation im Februar eingereicht, die Fragen sind nicht beantwortet worden. Wenn das so weitergeht, gibt es auch beim Polizeiministerium einen Wechsel, wie damals bei Baschi Dürr.

Mitte Februar kam es gross in den Medien, dass die Notrufen stark zunehmen. Ich gab aber meine Interpellation schon im Januar ab. Meine Fragen wurden nicht beantwortet. Ich wollte wissen, wie oft die Polizei Anzeige erstellt hat wegen Missbrauch des Notrufes. Ich kann Ihnen die Antwort geben, weil Regierungsrätin Stephanie Eymann nicht fähig ist. Ich weiss die Antwort: Die Polizei hat in den letzten 10 Jahren zwei Mal Anzeige erstellt wegen Missbrauch des Notrufes, und das gegen wen? Gegen Grossrat Eric Weber, gegen den Präsidenten der Liste Ausländer stopp.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, ich erteile Ihnen einen ersten Ordnungsruf, das ist zu persönliche Kritik, sprechen Sie zur Sache.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

17.7. Interpellation Nr. 21 Adrian Iselin betreffend «Fasnachts Drämmli»

[06.03.24 15:46:05, 24.5082.01]

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten die Interpellation wie folgt.

Zu Fragen 1 und 2: Ein allfälliges Fasnachts-Trämmli müsste mit der Stiftung BVB Oldtimer, die künftig für alle Extrafahrten mit Oldtimern zuständig ist, abgesprochen werden. Die wichtigste Frage ist dabei die Finanzierung. Wichtig ist, dass eben die Kompetenz zur Lancierung eines solchen Projekts bei der BVB liegt. Das Weihnachtstram ist dank der finanziellen Unterstützung von Stadtkonzept Basel möglich. Angesichts der zusätzlichen Fahrdienststunden sowie Zusatzkosten für die Bereitstellung des Trams müsste auch bei einem allfälligen Fasnachts-Tram eine finanzielle Unterstützerin gefunden werden.

Zu Frage 3: Wenn jemand bereit ist, sich finanziell und auch darüber hinaus zu engagieren, wäre es möglich, das Fasnachts-Tram bereits im Jahr 2025 umzusetzen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellation hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Adrian Iselin (LDP): Ich bin mit der Antwort sehr zufrieden. Die Idee ist entstanden bei ein paar Jungen, die auf mich zugekommen sind und gefunden haben, das Weihnachtstram sei eigentlich eine tolle Sache. Sie haben dann Ideen gesponnen und wünschen, dass man das Tram auch vor der Fasnacht losschicken könnte, vielleicht irgendwie ein paar

Fasnachts-Bücher darin ausstellt, ein paar alte Schnitzelbänke laufen lässt oder irgendwelche Märchen erzählt. Ich selber bin in einem Stammverein und fand das auch eine gute Idee. Mir ist auch klar, dass es jemand bräuchte, der das finanziert. Ich habe das eigentlich mehr als Denkanstoss gemacht, aber sicher nicht als Jux. Ich bin mit der Antwort sehr zufrieden.

17.8. Interpellation Nr. 22 René Brigger betreffend fehlende Publikumsnutzung im Claratum

[06.03.24 15:48:06, 24.5083.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort sehr zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Die nächste Interpellation wird der Regierungsrat schriftlich beantworten. Der Interpellant will begründen.

René Brigger (SP): Normalerweise begründe ich eine Interpellation bei schriftlicher Beantwortung nicht, aber ich möchte doch vielleicht auf dieses Problem noch aufmerksam machen. Wir haben in der BRK vor ca. 10 Jahren den Bebauungsplan Clara-Turm verabschiedet. Die BRK hat dieses Geschäft mehrheitsfähig gemacht und wir haben für das Kleinbasel und für den schon damals tot wirkenden Platz vor der Mustermesse beschlossen, dass als Auflage das oberste Geschoss zur Publikumsnutzung geöffnet werden sollte.

Ich war damals Sprecher der BRK. Es gab ein Referendum. Das Referendum wurde relativ knapp abgelehnt mit circa 51 Prozent und ich bin überzeugt, wenn dieses Zückerchen vor allem auch für das Kleinbasel nicht im Bebauungsplan gewesen wäre, dann wäre dieser Bebauungsplan abgewiesen worden. Jetzt steht dieser Turm seit zwei Jahren, die Wohnungen unten sind alle vermietet, das ist erfreulich. Aber wir können in der Kleinbasler Zeitung lesen, dass das Obergeschoss im Zustand des Rohbau 1 steht. Die UB sagt ja, wir finden niemanden, der da investiert, den Endausbau macht und uns eine Genehmigung gibt, Mietzins zahlt.

Das mag alles sein. Gerade in der Gastronomie ist es nicht einfach, einen guten Mieter und einen guten Partner zu finden. Nach zwei Jahren sollte man langsam zum Ziel kommen. Entscheidend ist aber, dass ich eine schriftliche Anfrage gemacht habe und die Regierung sagt, man könne die UBS gar nicht zwingend, die Publikumsnutzung einzurichten, das wäre Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit. Aber das ist doch Humbug. Wir machen einen verpflichtenden Bebauungsplan, das ist kein Plan à la carte. Wenn man den Bebauungsplan wirklich ausführt, müssen alle Punkte umgesetzt werden, nicht unbedingt von heute auf morgen, aber es ist genau gleich wie bei anderen Auflagen hinsichtlich Grünflächen, Parkplätzen, Erschliessung. Da kann der Investor nicht sagen, ja gut, wir haben es gebaut, aber wir haben das vergessen oder es ist halt schwierig.

Das ist der Punkt. Die Regierung oder das Planungsamt muss darauf einwirken, dass hier eine Publikumsnutzung stattfindet- das ist ein offener Begriff, es kann Gastronomie sein oder etwas anderes. Aber wenn es kaum Bewerber gibt oder nur Bewerber, die wenig Mietzins bezahlen, dann ist das halt der Marktzins. Wenn die Nachfrage klein ist, ist der Mietzins auch klein ist, und entsprechend muss auch dieser Punkt des Bebauungsplanes erfüllt werden. Da bin ich als Bau- und Planungsrechtler relativ sauer. Und ich finde es doch seltsam, dass die Frage so beantwortet wird. Ich nehme an, es kommt eine Revision oder vielleicht eine detailliertere und präzisere Antwort. Da bin ich sehr gespannt.

17.9. Interpellation Nr. 23 Joël Thüring betreffend ein schockierender antisemitischer Vorfall bei der Basler Synagoge

[06.03.24 15:51:52, 24.5084.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt.

Einleitende Bemerkungen: Der Regierungsrat stellt unmissverständlich klar, dass er den inakzeptablen Übergriff auf die Synagoge vom 25. Februar 2024 in aller Form verurteilt. Einleitend erlaubt er sich auch festzuhalten, dass sich die Schweizer

Strafverfolgungsbehörden aufgrund des Amts- und Untersuchungsgeheimnisses sowie der weiteren Vorgaben der Strafprozessordnung, aber auch mit Blick auf die Persönlichkeitsrechte mutmasslich beteiligter, auch Anzeige stellender Personen oder Institutionen, öffentlich in aller Regel nicht zu laufenden Straf- und Jugendstrafverfahren äussern dürfen. Der Gesetzgeber umschreibt die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsorientierung für Strafbehörden in Artikel 74 der Schweizerischen Strafprozessordnung relativ detailliert und eher restriktiv. Namentlich die kriminalpolizeiliche aktive Medienarbeit fokussiert sich auf die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Aufklärung von Straftaten oder bei der Fahndung nach Verdächtigen, wobei sich diese Zeugenaufrufe meistens auf schwere Straftaten im öffentlichen Raum mit unbekannter Täterschaft beziehen. Bei jährlich rund 25'000 Anzeigen wegen mutmasslicher Verstösse gegen das Strafgesetzbuch müssen auch die Basler Strafverfolgungsbehörden in der Öffentlichkeitsorientierung nach vorab ermittlungstaktisch gebotenen Kriterien selektionieren. Beim nachgefragten Thema sehen die Strafverfolgungsbehörden aufgrund der weltpolitischen Lage, den jüngsten tagesaktuellen Vorkommnissen in Zürich und des politischen Vorstosses ein Informationsinteresse der Öffentlichkeit gegeben, weshalb gestützt auf Art. 74 Abs. 1 lit d. der Strafprozessordnung ausführlicher als üblich über die laufenden Verfahren und deren Hintergründe orientiert werden kann.

Zu Frage 1: Die beiden Tatverdächtigen sind identifiziert. Es handelt sich um eine Person aus Algerien, die gemäss aktuellem Altersgutachten neu als volljährig zu behandeln ist. Der zweite Tatverdächtige ist ein Jugendlicher aus Marokko. Aufgrund der bisherigen Ermittlungen ist von folgendem Sachverhalt auszugehen: Die erwachsene Person ist bei der Synagoge über den Zaun geklettert und hat eine im Vorhof an einem Eingangstor angebrachte Israel-Flagge entfernt und mitgenommen. Ausserdem wischte sie vor dem Verlassen des Geländes über den Gedenktisch, der anlässlich des Überfalls vom 7. Oktober 2023 der Hamas in Israel im Vorhof aufgestellt worden war und brachte die darauf abgestellten Gegenstände zu Fall. Unweit der Synagoge sengten die beiden die Israel-Flagge an und warfen Sie an der Leimenstrasse unter einen Baum.

Zu Frage 2. Das Asylverfahren des tatverdächtigen Erwachsenen ist abgeschlossen worden, jenes des tatverdächtigen Jugendlichen noch aktiv.

Zu Frage 3: Der erwachsene Tatverdächtige befand sich aus anderem Grund kurz in Untersuchungshaft, verfügt wurde dies durch den Kanton Basel-Landschaft.

Zu Frage 4: Die beiden Personen waren vor dem aktuellen Altersgutachten als Jugendliche im Asylzentrum in Aesch untergebracht. Es bestand keine Fernhaltmassnahme bezüglich Basel.

Zu Frage 5: Im Jugendstrafverfahren wird kein Landesverweis verfügt. Im Verfahren gegen den Erwachsenen wird bei Abschluss eines Verfahrens über einen Landesverweis entschieden.

Zu Frage 6: Nach aktuellem Wissensstand kam es in den vergangenen Wochen in Basel-Stadt nicht zu weiteren gravierenden antisemitischen Vorfällen.

Zu Frage 7: Antisemitismus manifestiert sich in feindseligen Überzeugungen, Vorurteilen oder Stereotypen, die sich deutlich oder diffus in der Kultur, der Gesellschaft oder in Einzelhandlungen zeigen und die darauf zielen, jüdische Personen und Institutionen zu beleidigen, herabzusetzen, auszugrenzen, zu benachteiligen oder auch als grundsätzlich anders zu betrachten. Leider ist der Antisemitismus immer noch ein gesamtgesellschaftliches Problem, das viele betrifft. Die Bekämpfung von Antisemitismus als Teilgruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen. Der Kanton Basel-Stadt setzt sich bei der Bekämpfung von Antisemitismus auf Prävention und Erinnerung. Im Bereich Prävention wird etwa das Projekt Likrat des schweizerischen-israelitischen Gemeindebundes für die Basler Volksschulen zugänglich gemacht. Mit der Aktionswoche gegen Rassismus, die rund um den internationalen Tag gegen Rassismus vom 18. bis zum 24. März 2024 stattfinden, setzt der Regierungsrat ausserdem ein Zeichen gegen jegliche Form von Herabsetzung aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, Sprache und/oder religiöser Zugehörigkeit. Gemeinsam mit rund 20 zivilgesellschaftlichen Organisationen wird der Blick auf unterschiedliche Formen von Rassismus, verschiedene Lebensbereiche und betroffene Personengruppen gerichtet. Im Rahmen der Aktionswoche lanciert der Runde Tisch der Religionen beider Basel in Zusammenarbeit mit der israelitischen Gemeinde Basel und der Basler Muslimkommission auch ein Video-Projekt gegen Juden- und Muslimfeindlichkeit, das sich direkt an Jugendliche richtet. Dem Vergessen und Verdrängen soll durch stetige Erinnerung entgegengewirkt werden. So unterstützt der Regierungsrat etwa eine Initiative aus den jüdischen Communities, mit der an das Basler Pogrom gegen Jüdinnen und Juden von 1349 erinnert wird. Die Erinnerungsfeier fand am 16. Januar 2024 im Grossratssaal statt. Bereits an die Hand genommen wurde die Planung und Umsetzung einer Erinnerungsinstallation. Schliesslich sind mehrere politische Anzüge in unterschiedlichen Departementen in Bearbeitung, die das Thema Antisemitismus unter verschiedenen Blickwinkeln behandeln. Der Regierungsrat wird zu gegebener Zeit berichten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Ich danke für die doch sehr ausführliche Beantwortung meiner Interpellation und auch für die Bestätigung des Vorfalls. Sie haben heute bestätigt, dass es sich bei den Tätern um zwei Asylmigranten gehandelt hat und Sie haben auch bestätigt, dass einer der beiden Asylmigranten offenbar auch hinsichtlich des Alters gelogen hat und aufgrund des Altersgutachten nun nicht mehr als unbegleiteter minderjähriger gelten kann, sondern als «normaler Erwachsener».

Diese Tat ist tatsächlich sehr aufwühlend. Sie hat auch die Vertreter und Vertreterinnenn der jüdischen Gemeinde, die natürlich bei der Synagoge jeden Tag ein und ausgehen sehr stark beschäftigt und auch sehr schockiert, und ich habe aufgrund meines Vorstosses diverse Rückmeldungen bekommen, dass man sehr dankbar ist, dass diese Ereignisse thematisiert werden, weil sie eben aufzeigen, welche Bedrohungssituationen und Bedrohungslagen derzeit für jüdische Mitmenschen, auch in der Schweiz, leider bestehen.

In diesem Zusammenhang ist mir immer wieder auch ein Satz einer Holocaustüberlebenden in den Sinn gekommen, die vor einigen Wochen im deutschen Bundestag an einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus gesprochen hat. Diese Frau hat in einer bewegenden Rede gesagt, dass die Shoah nicht mit Auschwitz begonnen hat, sondern sie begann mit Worten, sie begann mit dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft. Deshalb muss es uns auch aufrütteln, wenn sich die antisemitischen Ereignisse auch in Basel-Stadt häufen. Was mit antisemitischen Veranstaltungen der in Deutschland verbotenen Terror-Gruppierung Samidoun im Basler Gewerkschaftshaus begann, setzte sich fort mit vielen Demonstrationen in Basel, an welcher »From the River to the Sea, Palestine will be free« skandiert wurde, setzte sich leider auch fort mit einer widerlichen Spuckattacke auf den Rabbiner unserer israelitischen Gemeinde in Basel, setzte sich fort mit vielen antisemitischen Vorfällen auf Pausenhöfen, in Schulklassen, wie uns auch das Erziehungsdepartement bereits berichtet hat, und setzt sich nun leider fort mit dem Entreissen und Verbrennen der israelischen Flagge hier in Basel und leider auch nach meiner Interpellation mit einem schrecklichen Terrorangriff eines 15-jährigen eingebürgerten Tunesiers, welcher sich in einem Video zum IS bekannte und einen jüdischen Mitmenschen abgestochen hat und, man muss es vermuten, umbringen wollte.

Alle diese Ereignisse schreien nach raschem Handeln und ich erwarte deshalb vom Regierungsrat, dass er nicht nur wie heute sehr ausführlich und detailliert Auskunft darüber gibt, welche Ereignisse es im Zusammenhang mit jüdischen Mitmenschen gibt, sondern dass auch ganz konkret gehandelt wird. Hier vertraue ich der Regierung, dass diese Forderungen und Planungen, wie sie Regierungsrätin Stephanie Eymann erwähnt hat, bezüglich eines Massnahmenpakets gegen Antisemitismus, vorangetrieben werden.

Es beruhigt mich auch, dass der Regierungsrat gestern zusätzliche Mittel gesprochen hat für das jüdische Museum, für die Sicherheit. Das sind wichtige Signale, die auch gehört werden. Ich kann Ihnen versichern, dass das, was wir hier im Grossen Rat besprechen, unsere jüdischen Mitmenschen mitbekommen. Ich habe gerade gestern mit der israelischen Botschafterin telefoniert, die sich bei mir bedankt hat. Das wird wahrgenommen. Es wird aber eben auch berichtet, dass die Unsicherheit in der jüdischen Gemeinde immer grösser wird, weil man spürt, dass dieser latente Antisemitismus stark zugenommen hat seit dem Angriff auf Israel am 7. Oktober. Hier sind wir als Gesellschaft gefordert und hier zeigt sich eben auch, dass wir weiterhin grosse Probleme haben und deshalb gehandelt werden muss.

Es ist auch klar aus meiner Sicht, und das bestätigen in der Zwischenzeit auch Integrations- und Rassismusexperten, die mir politisch nicht sehr nahe stehen, dass wir dieses Problem allein mit Prävention nicht lösen werden können. Wir müssen dieses Problem eben auch mit Repression lösen und auch anerkennen, dass ein Teil dieses Antisemitismus leider auch importiert wurde. Das bestätigen diese Vorfälle in Zürich und Basel sehr deutlich und ich hoffe sehr, dass dieser Asylmigrant aus Algerien nun rasch möglichst verurteilt und dann auch ausgeschafft wird. Er ist ja, wie Regierungsrätin Stephanie Eymann heute quasi als Primeur verkündigt hat, illegal in der Schweiz. Er hat sich auch diesem Verfahren wahrscheinlich entzogen, ansonsten wäre das Asylverfahren auch nicht abgeschrieben worden. Das heisst, er ist illegal hier, er hat beim Alter gelogen und da ist es deshalb auch wichtig, dass wir in der Repression so weit gehen, dass wir sagen, wir wollen keine Menschen in unserem Land haben, die sich antisemitisch verhalten, und diejenigen, die keinen Schweizerpass haben, gehören, wenn sie antisemitische Taten begehen – und dazu gehört aus meiner Sicht sicher das Verbrennen einer Flagge und im ganz krasserem Bereich das, was in Zürich passiert ist –, Menschen umgehend aus unserem Land ausgewiesen. Nie wieder ist jetzt, das muss gelten in allen Lebensbereichen. Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden.

17.10. Interpellation Nr. 24 Béla Bartha betreffend Budget betreffend Budget für Lehrmittel an den Schulen Basel-Stadt

[06.03.24 16:03:49, 01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Beantwortung zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

17.11. Interpellation Nr. 25 Michael Hug betreffend ist der Regierungsrat nicht interessiert an der Erhöhung der Stromproduktion in Basel?

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

17.12. Interpellation Nr. 26 Anina Ineichen betreffend Velounfälle am Burgfelderplatz – Folgen und Learnings

[, 24.5093.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

14. Petition P467 "Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel", Bericht der PetKo

[06.03.24 16:04:56, 23.5509.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort geht an den Kommissionspräsidenten Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen heute zu insgesamt drei Petitionen, welche die Kommission in den vergangenen zwei Monaten behandelt und verabschiedet hat. Bei den ersten beiden Petitionen handelt es sich um Vorstösse, welche der junge Rat ausgearbeitet und eingereicht hat. Diese sind zwar anlässlich der Kommissionssitzung gemeinsam vorgestellt und beraten worden, ich werde jedoch selbstverständlich separat dazu berichten

Petition 467 Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel. Zum Anliegen der Petentschaft: Um die schlimmsten der mit dem Klimawandel verbundenen Szenarien zu verhindern, sei es wichtig, dass die Menschen ihr Alltagsverhalten überprüfen und anpassen. Vielen jungen Menschen sei die Problematik zwar bekannt, nicht aber bewusst, dass sie selbst einen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten können. Wichtig sei zum einen, dass den Leuten bewusst ist, was sie mit ihrem Verhalten auslösen und bewirken, zum anderen, mit welchen Verhaltensänderungen sie einen Beitrag zur Verbesserung leisten können. Der geeignete Ort zur Wissensvermittlung ist aus Sicht der Petentschaft die Schule, gegen Ende der obligatorischen Schulzeit. Konkret schlägt die Petentschaft einen aus einem theoretischen und einem praktischen Teil bestehenden zweitägigen obligatorischen Workshop für alle Sekundarschülerinnen und -schüler vor. Das fehlende Obligatorium für den Bildungsinhalt Umwelt und Klima stuft die Petentschaft als Mangel am heutigen System ein. Sie stellt fest, dass nach der obligatorischen Schulzeit den wenigsten Basler Schülerinnen und Schülern bekannt ist, wie der Klimawandel funktioniert und was sie dagegen unternehmen können. Dies muss sich aus ihrer Sicht zwingend ändern, was mit einer Bündelung der theoretischen und praktischen Wissensvermittlung in einem Workshop möglich wäre.

Zur Haltung des Erziehungsdepartementes: Der Vertreter des Erziehungsdepartementes erklärte, dass er auf dem Gebiet der Umweltbildung bereits zahlreiche Präventionsprogramme wie Abfall sammeln und Pflanzen pflegen und ernten gibt, die von den Schulen zusätzlich in den Unterricht aufgenommen werden können. Würde ein Workshop als zusätzliches Element in den Lehrplan aufgenommen, ginge dafür aufgewendete Unterrichtszeit zu Lasten anderer Themen. Den von der Petition geforderte Einbezug von Expertinnen und Experten bedinge finanzielle und personelle Ressourcen, die heute für eine flächendeckende Abdeckung nicht vorhanden seien. Die Einführung eines obligatorischen Workshops für ein spezifisches Thema dürfte zudem mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass dasselbe für weitere ebenfalls wichtige Themen gefordert wird. Unabhängig von der vorliegenden Petition hat der Vertreter des Erziehungsdepartementes festgehalten, dass immer mehr Themen, bei denen eine gesellschaftliche Veränderung stattfindet, in die Schulen getragen werden. Das von der Petition angesprochene Thema sei wichtig und deshalb auch Bestandteil des Lehrplans. Um es

nachhaltig in den Köpfen der Schülerinnen und Schüler zu verankern, sei ein einmaliger Workshop aber auch kaum das geeignete Mittel.

Zur Erwägung der Petitionskommission: Die Petitionskommission stuft die von der Petentschaft angeregte Schulung im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit angesichts der gesellschaftlichen Bedeutung des Themas als wichtig ein. Den entsprechenden Unterrichtsinhalten eine höhere Verbindlichkeit zu geben, findet deshalb ihre Unterstützung. Es darf nicht von den Präferenzen und Schwerpunkten der Lehrpersonen abhängen, in welchem Umfang die Schülerinnen und Schüler sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Ob ein zweitägiger Workshop mit externen Expertinnen und Experten das richtige Format ist, kann und will die Petitionskommission aber nicht beurteilen. Wichtig scheint ihr aber, dass das Thema in geeigneter Form zu einem obligatorischen Bestandteil des Lehrplans wird und nicht nur in einzelnen Fächern quasi nebenbei angesprochen wird. Ziel muss eine gewisse Standardisierung sein, also eine möglichst einheitliche Form und ein möglichst einheitlicher Inhalt. Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema sollten zudem die Selbstreflexion und das eigene Verhalten im Vordergrund stehen. Festhalten möchte die Petitionskommission an dieser Stelle, dass für die Empfindlichkeit von Themen wie dem vorliegenden und auch das soziale und kulturelle Umfeld der Schülerinnen und Schüler eine Rolle spielt. Ist dieses dafür nicht sensibilisiert, verschlechtert sich diese Ausgangslage.

Zum Antrag der Kommission: Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 12 zu 1 Stimmen, die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Als erster hat sich Beat K Schaller für die SVP eingetragen.

Beat K. Schaller (SVP): Der Vertreter des Erziehungsdepartements hat es ja schon klar gesagt und auch der Präsident hat es erwähnt. Die angesprochenen Themen sind bereits im Lehrplan 21 verankert, wohlgerneht ein Lehrplan, der schon heute überlastet ist. Das Bewusstsein für Umweltfragen zu schärfen – als ob das nicht schon geschähe. Wenn unsere Kinder und Jugendlichen mit etwas zugetrommelt werden, dann ist es das Klima und die Umwelt. Diese Themen sind zu komplex, als dass wir den Schülern vorgaukeln dürften, innerhalb von ein paar wenigen Schulstunden zu erklären, was da passiert. Ja sogar die Expertenwissen nicht, was passiert. Ich zitiere den Weltklimarat, der vor über 20 Jahren sagte: Das Klima ist ein so komplexes System, dass es nicht langfristig vorhergesagt werden kann.

Die Mehrheit der PetKom unterstellt, dass die Themen, die hier angesprochen sind, in der Sek 1 nicht genügend beachtet würden. Empirische Grundlagen für diese Aussagen sucht man vergebens. Im Gegenteil, die Petitionäre outen sich ja selbst. Es sollen sogenannte Expert*innen und Aktivist*innen Vorträge halten. Das angebliche Wissen, das da vermittelt wird, können wir heute schon vorhersagen. Es ist das böse CO₂, die nach böseren Autofahrer und im übrigen sind wir Menschen sowieso ganz böse.

Die Umwelt- und Klimasysteme sind sehr komplexe Themen. Ich hoffe, daran zweifelt hier niemand. Es ist unseriös zu behaupten, ich sage es noch einmal, dies lasse sich in ein paar Schulstunden vermitteln. Wir sehen es schon seit langem, die Gesellschaft wird in diesem Bereich sensibilisiert durch Angstmacherei und Schuldzuweisungen. Und das ist das letzte, was wir brauchen in unseren Klassenzimmern. Wir haben schon genügend Jugendliche, die in der Psychiatrie landen. Aber natürlich wird an der Forderung der Petition festgehalten, denn welche bessere Gelegenheit haben Aktivisten, um junge Menschen zu gängeln, Menschen, denen das kritische Hinterfragen noch nicht so gegeben ist.

Ich kann es nur betonen, die Stundentafel ist beschränkt. Es steht nur eine begrenzte Anzahl Schulstunden zur Verfügung. Welches Fach oder welche Fächer für diese zwei Tage geopfert werden sollen, darüber schweigen sich die Petitionäre und die Mehrheit der PetKom vornehmen aus. Im Gegenteil, sie schreiben ja im Bericht, es soll etwas geopfert werden, aber was, das erfahren wir nicht. Wir in der SVP unterstützen es, wenn Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen Teil des obligatorischen Schulfach sind. Und das ist bereits heute der Fall, es gilt in diesem Fall, mit den Lehrern die bestehenden Instrumente umzusetzen.

Zum Fazit dieser Petition: Wenn sie eingeführt wird wie geplant, können unsere Schüler nach der Sek 1 immer noch nicht richtig lesen, schreiben und rechnen, aber im Abfallsammeln sind sie Weltmeister. Wir müssen uns wirklich fragen, ob wir die richtigen Prioritäten setzen. Was nützt es, einen Schulabschluss in «Abfallologie» zu haben, wenn man nicht einmal zusammenrechnen kann, wie viel man gesammelt hat. Vielleicht machen das dann andere, welche nicht einen Schulabschluss im Abfallsammeln haben, sondern welche Natur- oder Ingenieurwissenschaften studiert haben. Wenn wir Menschen mit den natürlichen und auch menschengemachten Änderungen dieser Welt umgehen wollen, dann müssen wir uns auf solche Themen, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften, konzentrieren. Das sind die richtigen Prioritäten.

Aufgabe unserer Schulen ist es, den Schülern die Freude am Lernen zu vermitteln und um Wissen zu erlernen, welches sie später im Beruf zum Nutzen unserer Gesellschaft und unserer Welt einsetzen. Abfallsammeln und Bäume pflanzen können, das sind ganz ganz winzige Randerscheinungen, mit solchen isolierten Vorgaben werden wir kaum irgendetwas Messbares erreichen. Das Instrument einer Petition ist ein mächtiges demokratisches Instrument, dazu stehen wir. Das darf aber nicht

dazu missbraucht werden, ideologische Themen und Anliegen durchzusetzen und das sehen wir in der SVP im vorliegenden Fall deutlich gegeben. Deshalb bitte ich Sie namens meiner Fraktion, die Petition als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage von Oliver Thommen wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Sie haben kurz zusammengefasst gesagt, das Klima, seine Funktionen und der Klimawandel seien ein so komplexes System, das noch nicht verstanden würde und das man deshalb auch nicht einfach so den Schülern vorwerfen solle. Das Gehirn ist auch noch nicht zur Gänze erforscht und viele seiner Funktionen kennen wir auch noch nicht. Sollten wir dann die Anatomie auch aus den Lehrplänen streichen, weil sie zu komplex ist?

Beat K. Schaller (SVP): Ganz im Gegenteil, dann würden sie ja nicht einmal lernen, wie man Bäume pflanzt und Abfall sammelt. Also nein, die Schulstunden sind beschränkt. Wir dürfen sie nicht missbrauchen für Plattformen von Aktivisten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Fraktionssprecher für das GAB Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Ich darf hier bei diesem Geschäft auch gleichzeitig für die Fraktion der SP sprechen. Ich mache jetzt bewusst keinen Bezug auf meinen Vorredner, das würde ausufern, und ich werde mich an mein Votum halten, dass ich vorbereitet habe.

Umweltschutz mit all seinen Facetten ist ein aktuelles und dringliches Thema bei unseren Jugendlichen. Das zeigen zum Beispiel die Bewegungen wie Strike for Future oder jetzt eben auch diese Petition, die ihren Ursprung beim jungen Rat hat. Auch wenn man mit den Jugendlichen spricht, wird man immer wieder darauf hingewiesen oder man erfährt von Ihnen, dass sie ihre Zukunft bedroht sehen angesichts des Raubbaus, den wir betreiben an unseren Ökosystemen auf unserem Planeten. Die Jugendlichen wünschen sich also, verständlicherweise in meinen Augen, mehr Verständnis und Sensibilisierung in diesem komplexen Thema der Zusammenhänge, die alle zusammengefasst werden mit dem Umweltschutz. Es geht nicht nur um das Klima, die Zusammenhänge des Klimawandels oder der Klimaerwärmung sind sehr komplex. Es geht ja auch nicht darum, dass man jedes letzte Komma versteht, sondern es geht darum, dass man versteht, was passiert und was man dagegen unternehmen kann.

Wir erachten die Vorschläge der Petitionäre und Petitionärinnen als sehr sinnvoll, das Thema Umwelt in Form eines Blocks in der Sekundarschule zu vermitteln. Denn komplexe Zusammenhänge können in Blöcken besser erarbeitet und erfasst werden, als wenn es nur Inhalte von Zeit zu Zeit sind am Rande einer Unterrichtsstunde. Mit den vorgeschlagenen Workshops kann das Thema eben intensiv, konzentriert diskutiert werden und es können auch Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

Die Petent:innen konnten uns an der Kommissionssitzung in einer bewundernswerten Ernsthaftigkeit darlegen, was sie denn eigentlich wollen. Sie verdienen daher in meinen Augen wirklich unsere Unterstützung, was sich dann auch in einer fast vollständigen Zustimmung innerhalb der Kommission zeigte. Erstaunt war ich eher auf der anderen Seite bezüglich der eher reservierten Aufnahme der Petition durch den Vertreter des Erziehungsdepartements, der bei der Anhörung in der PetKom anwesend war. Es besteht nur eine geringe Bereitschaft im ED, sich vertieft mit dieser Forderung der Petition auseinanderzusetzen. Es würde mit den wohl bekannten Argumenten operiert, dass es unter anderem bereits im Lehrplan 21 integriert sei. Wir sind aber der Meinung, dass sich da wirklich einiges optimieren lässt und dazu ist ja auch diese Petition da, dass es nämlich einen Denkanstoss gibt im ED.

Wir wollen mit der Überweisung der vorliegenden Petition zur abschliessenden Behandlung dem Regierungsrat hiermit auch einen Auftrag mitgeben, dass er sich dem Vorschlag wirklich annimmt und ein Konzept erarbeitet, wie ein solcher Workshop oder eine ähnliche Form einer Unterrichtseinheit, die vielleicht über 1 bis 2 Tage geht, wirklich annimmt und ein solches Konzept ausarbeitet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte / EVP ist die Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): In der Kreuztabelle sehen Sie, dass auch die Fraktion die Mitte / EVP ein E eingetragen hat. Ich möchte das kurz begründen. Wir sind natürlich der Meinung, dass es selbstverständlich sein sollte, dass Schülerinnen und Schüler auf allen Schulstufen und auch auf Sekundarstufe auf verschiedene Weise mit den Themen der Nachhaltigkeit

konfrontiert werden und dass sie die Gelegenheit haben, eine möglichst vielseitige fundierte Sichtweise auf die Probleme und Lösungsansätze zu erhalten.

Wir glauben aber, dass das Thema Nachhaltigkeit auch auf nachhaltige Art und Weise vermittelt werden muss und wir teilen hier die Einschätzungen des ED, dass dies besser geschehen kann, wenn das in verschiedenen Fächern und immer wieder zum Thema wird als einmalig in einem zweitägigen Workshop. Im Deutschunterricht, beim Debattieren zum Beispiel oder beim Lesen und Verstehen von Sachtexten, die ja möglichst aktuelle Themen aufnehmen, in RZG, wenn zum Beispiel in einer geschichtlichen Betrachtung über die Industrialisierung das Thema der Umweltbelastung zum Vorschein kommt, im gleichen Fach, wenn dann Aktualitätsbezüge geschaffen werden, im Fach Natur und Technik, wenn dann eher die naturwissenschaftlichen Aspekte behandelt werden können. Und wenn dann die Schule auch passend zum einen Schulstandort oder zu dem was gerade sonst in der Schule läuft, das Thema auch nochmal auf das Tapet bringen kann, vielleicht im Wasgenring in der Nähe des Bachgrabens, wenn es um Bachreinigung geht. Ein anderes Schulhaus mach ein Schulhausfest und redet vielleicht darüber, wie man mit Recycling umgehen will, wie man die Abfallbewirtschaftung macht, wie man Food Waste verhindert. Im Hauswirtschaftsunterricht übrigens kann das auch ein Thema sein, auch zusammen mit Fragen, mit welchen Nahrungsmitteln man kocht und so weiter und so fort.

Das heisst, der Schulalltag in den verschiedenen Fächern bietet sehr viele Gelegenheiten, diese Thematik einzubringen. Jetzt kann man auch misstrauisch sein und sagen, die Lehrpersonen werden das alle nicht tun. Ein bisschen Vertrauen darin, dass die Lehrpersonen eigentlich gerne Themen aufnehmen, die gerade so aktuell sind, weil das eigentlich Themen sind, bei denen man eher auch das Interesse wecken kann, als wenn man bei der Industrialisierung zum Beispiel Aspekte aufgreift, die keinen Bezug zur Gegenwart der Schülerinnen und Schüler und zu aktuellen Themen haben. Dieses Vertrauen dürfen wir wohl haben, dass das geschieht

Und deshalb ist die Fraktion die Mitte/EVP der Meinung, dass wir hier nicht nochmals diesen Ball dem ED zuspielen müssen, damit sie dann in ähnlicher Weise begründen, warum sie jetzt vielleicht nicht einen solchen zweitägigen Workshop oder ein ähnlich verbindliches Gefäss zur Vorschrift für alle Sekundarschulen machen wollen.

Dazu kommen die auch genannten ganz praktischen Gründe: Wie können die Ressourcen für einen Workshop oder für ein anderes verbindliches Gefäss geschaffen werden? Was fällt weg, wenn man bestimmte verbindliche Gefässe fordert? Darum sind wir der Meinung, dass es eingebunden werden sollte in das, was sowieso geschieht und wir vertrauen den Lehrpersonen, dass sie das dann nicht einfach weglassen. Ich bitte Sie also darum, unserem Antrag zu folgen und die Petition als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat der Kommissionspräsident noch einmal das Wort. Er verzichtet ebenfalls. Beat K Schaller beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst an RR zur abschliessenden Behandlung gemäss Antrag PetKo, NEIN heisst Erledigt

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003019, 06.03.24 16:26:21]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 63 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung dafür entschieden, die Petition zur abschliessenden Behandlung gemäss PetKo an den Regierungsrat zu überweisen.

15. **Petition P468 "Einführung von umfassender Aufklärung und Prävention gegen Allgemeine und sexuelle Belästigung in schulischen Bildungsprogrammen", Bericht der PetKo**

[06.03.24 16:27:00, 23.5510.02]

Christian C. Moesch (FDP): Zum Anliegen dieser Petition beziehungsweise der Petentschaft: Die Vertreterin der Patentschaft hat mit Bezug auf den ausführlichen Petitionstext auf die Wichtigkeit und Bedeutung einer verstärkten Prävention und besseren Aufklärung über allgemeine und sexuelle Belästigung hingewiesen. Ich als geeignet stuft die Petentschaft dafür die zweite Klasse der Sekundarschule ein. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich den Konsequenzen von Belästigungen bewusst werden und den richtigen Umgang mit dem Thema sowohl theoretisch als auch praktisch lernen. In einem solchen Rahmen wäre es für Schülerinnen und Schüler einfacher, über ihre Erfahrungen und Erlebnisse zu sprechen. An der Sekundarschule gäbe es nur freiwillige Angebote, die wiederum nur einen Teil der Schülerinnen und Schüler erhielten.

Zur Haltung des Erziehungsdepartements: Gemäss dem Vertreter des Erziehungsdepartements ist die sexuelle Aufklärungs Bestandteil des Lehrplans 21 im Fach Natur Mensch Gesellschaft. In der dritten Primarklasse findet das obligatorische Programm «Mein Körper gehört mir» statt. Alle Lehrpersonen sind verpflichtet, einen Sensibilisierungsanlass zum Thema Prävention vor sexueller Gewalt an Kindern zu besuchen. Für ältere Schülerinnen und Schüler gibt es weitere, allerdings nicht obligatorische Programme. Diese können von den Schulen gebucht und extern eingekauft werden.

Im April 2023 hat zudem der Grosse Rat dem Regierungsrat die Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend «Sexualisierte Gewaltprävention soll bereits in der Schule beginnen» überwiesen. Diese verlangt eine Stärkung der Präventionsmassnahmen betreffend sexualisierte und öffentliche Gewalt an den Schulen, dies mit dem Ziel, dass alle Schülerinnen und Schüler über die gesamte Schullaufbahn hinweg an altersgerecht gestalteten Präventionsprogrammen teilnehmen können. Der Regierungsrat ist also bereit, das Thema Sexualität und körperliche Integrität weiterzuverfolgen. Er kann sich vorstellen, weitere obligatorische und/oder freiwillige Angebote zu schaffen. Orientiert worden ist die Petitionskommission weiter darüber, dass verwaltungsintern eine Bündelung aller Programme im Präventionsbereich im Gange ist. Damit sollen die künftigen Prioritäten und allenfalls zusätzlich obligatorisch zu vermittelnde Inhalte definiert werden. Dass die Lehrpersonen mitentscheiden können, welche Schwerpunkte gesetzt werden, ist aus Sicht des Erziehungsdepartements richtig.

Zu den Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission stuft das Anliegen der Petentschaft, an der Sekundarschule ein obligatorisches Aufklärungs- und Präventionsprogramm gegen allgemeine und sexuelle Belästigung einzuführen, als grundsätzlich berechtigt ein. Das Handlungsbedarf besteht, zeigt auch die vom Grossen Rat mit deutlichem Mehr überwiesene Motion von Karin Sartorius und Konsorten. Da der Regierungsrat also bereits einen entsprechenden Auftrag hat, beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessend Behandlung zu überweisen. Dass die einzelnen Schulen und Lehrpersonen bei der Gestaltung des Unterrichts aufgrund der Heterogenität eine gewisse Autonomie haben sollen, stellt die Petitionskommission nicht in Frage. Dass kein flächendeckendes Angebot zur Prävention vor sexualisierter Gewalt existiert, stuft sie jedoch als unbefriedigend ein. Sie unterstützt deshalb die in der Petition aufgestellten Forderungen und erwartet, dass es nach der laufenden Überprüfung aller Präventionsprogramme in diesem Bereich mehr obligatorische Angebote gibt. Ob die jungen Menschen über die mit allgemeinen und sexuellen Belästigungen verbundenen Folgen aufgeklärt werden, darf nicht dem Zufall oder dem Willen von einzelnen Lehrpersonen überlassen werden. Angezeigt sein dürfte zudem der Einbezug von externen Spezialistinnen und Spezialisten, da zum einen nicht alle Lehrpersonen gleich befähigt sein dürften, diese Inhalte zu vermitteln, zum anderen ein gewisser Standard und eine gewisse Qualität sichergestellt sein sollte.

Dass die Schulen tendenziell immer mehr erzieherische, eigentlich den Eltern obliegende Aufgaben übernehmen müssen, stuft die Positionskommission als gesellschaftliche Tatsache ein. Eine Voraussetzung für den nachhaltigen Erfolg von Programmen wie etwa eines zur Prävention vor sexueller Belästigung ist deshalb auch die Sensibilisierung für die Problematik im sozialen und kulturellen Umfeld der Schülerinnen und Schüler.

Zum Antrag: Wie bereits erwähnt, beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat einstimmig, die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Gianna Hablützel-Bürki hat sich für die SVP eingetragen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Am 19. April 2023 hat der Grosse Rat dem Antrag bezüglich sexualisiert Gewalt zugestimmt und der Vorstoss wurde überwiesen. Es scheint jedoch wenig plausibel, warum nun eine zusätzliche Petition mit ähnlicher

Zielsetzung überwiesen werden sollte. Die Forderung nach einer Petition zur Integration, umfassender Aufklärung und Prävention gegen allgemeine sowie sexuelle Belästigung im Schulischen Bildungsprogramm für ältere Schülerinnen und Schüler wirkt wenig sinnvoll. Die bereits vorhandenen Massnahmen und vielfältigen Angebote auch des Ressorts Prävention gegen Gewalt bieten bereits umfassende Unterstützung für alle Altersgruppen.

Das Erziehungsdepartement weist daraufhin, dass bereits Programme zur sexuellen Aufklärung im Lehrplan verankert sind, beginnend im Kindergarten und bis zur Sekundarschule. Das Programm und die obligatorische Sensibilisierung der Lehrpersonen bieten bereits eine umfassende Basis für die Auseinandersetzung mit dem Thema.

Die Petitionskommission betont die Autonomie der Schulen und Lehrpersonen bei der Gestaltung des Unterrichts. Eine zwangsweise Einführung eines weiteren verpflichtenden Programms würde also die Flexibilität und individuelle Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einschränken. Zudem würde die Umsetzung neuer obligatorischer Programme zusätzliche finanzielle Mittel und Ressourcen erfordern. Für Weiterbildungen zum Thema, wie zum Umgang mit den problematischen Verhaltensweisen Gewalt, Radikalisierung und strafrechtlichen Aspekten, kann man sich direkt an das Ressort Prävention Gegengewalt wenden. Bei Bedarf zieht das Ressort auch andere Dienststellen hinzu und betont die Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren wie Schulsozialarbeit, schulpsychologischem Dienst, Kinder- und Jugenddienst sowie Familien- und Erziehungsberatung. Die bestehende Struktur ist somit darauf ausgerichtet, einen ganzheitlichen Ansatz zur Prävention von Gewalt und problematischen Verhaltensweisen in schulischen Kontexten zu gewährleisten.

Der Regierungsrat hat also bereits Massnahmen in Bezug auf die Prävention gegen sexualisierte Belästigung und allgemeine Gewalt an den Schulen eingeleitet. Die Tatsache, dass Schulen zunehmend erzieherische Aufgaben übernehmen müssen, die eigentlich den Eltern obliegen, ist sehr bedauerlich. Es muss einmal mehr betont werden. Kindererziehung ist nicht Aufgabe des Staates.

Aus den genannten Gründen spricht sich die SVP-Fraktion gegen die Überweisung dieser Petition aus.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Wir haben schon wieder eine Bildungspetition vor uns und das zeigt auch ein wenig, wo offenbar die Probleme in diesem Kanton liegen. Neben Verkehr ist die Bildung, gefühlt, jedes zweite oder dritte Mal Thema im Grossen Rat. Und die Antwort aus dem Erziehungsdepartement ist, etwas abstrahiert, immer die gleiche: Ja, das ED findet das Thema auch ganz wichtig, ja, es gibt ganz viele Programme und Projekte und es steht sowieso alles schon im Lehrplan 21. Aber was dann durchgeführt wird in den Schulklassen, das ist abhängig von der Lehrperson. Wenn Sie Glück haben und eine Lehrpersonen haben, die entweder super motiviert ist oder das Thema äusserst wichtig finden, dann wird das Thema behandelt, und sonst halt leider nicht. Und leider hat das ED keinen Einfluss darauf, was in den Schulklassen dann wirklich behandelt wird, ausser es geht um ein obligatorisches Angebot. In diesem Zusammenhang ist diese Petition vielleicht ein bisschen anders als alle anderen, hier gibt es ein obligatorisches Angebot, ja, es gibt ein obligatorisches Aufklärungsangebot in der Primarschule.

Ich bin sehr froh, dass es dieses gibt, aber Sie wissen alle, dass Aufklärungsarbeit schon auch altersgerecht stattfinden soll, das heisst, Sie können in der Primarschule nicht alles durchnehmen, was die Kinder und Jugendlichen bis Ende ihrer Schullebens alles gelernt haben sollten. Das heisst, es braucht unbedingt auch in den weiterführenden Schulen Angebote. Und dass diese freiwilligen Angebote, diese Programme, die grundsätzlich zur Verfügung stehen, nicht reichen beziehungsweise nicht oft genug abgeholt werden, hat die Petentschaft sehr klar ausgeführt. Es geht hier eben nicht «nur» um die Prävention vor sexualisierter Gewalt, das alleine würde ja reichen, um eine Petition zu machen, es geht auch um die Aufklärung. Und das betrifft eben die bereits überwiesene Motion nicht.

Deshalb ist es aus unserer Sicht sehr wichtig, dass wir als Ergänzung zur Motion Sartorius, die wir hier überwiesen haben, diese Petition hinzufügen. Die Petitionskommission beantragt die abschliessende Bearbeitung durch den Regierungsrat zusammen mit der Motion. Es geht also jetzt nicht darum, weitere parallele Prozesse zu schaffen sondern darum, dass die Bearbeitung der Motion Sartorius mit dieser Petition ergänzt wird.

Und vielleicht noch etwas Grundsätzlicheres: Wir haben jetzt ja gerade zwei solche Petitionen hintereinander behandelt, und bei der letzten gesagt wurde, es sei halt schwierig, weil es sonst schon so viele Sachen gibt und man müsse dann halt schauen, ob da nicht andere inhaltliche Angebote oder Lerninhalte wegfallen. Vielleicht braucht es schon einmal eine Überprüfung, nicht gerade das Stundentafel, aber welche Prioritäten innerhalb der Fächer gesetzt werden. Ich erwarte vom Erziehungsdepartement schon, dass man etwas genauer hinschaut. Ich möchte an eine an eine Petition erinnern, in der es darum ging, wie die Fragen von Diskriminierung in der Schule behandelt werden. Da hiess es, im Fach Ethik, Gesellschaft und so weiter würde nur Religion unterrichtet werden. Es ist nicht schlimm, dass das auch darin vorkommt. Aber wenn das Erziehungsdepartement keinen Einfluss hat darauf, was in den einzelnen Fächern dann auch behandelt wird und welche

zwingenden Inhalte durchgesetzt werden, dann frage ich mich schon, weshalb so viele Menschen in diesem Departement arbeiten.

Aber zurück zu dieser Petition: Bitte überweisen Sie diese dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat das Wort Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Auch wir von der SP unterstützen das sehr wichtige Anliegen der jungen Petentschaft. Wir sind dafür, die Aufklärung und die Präventionsprogramme gegen allgemeine und sexuelle Belästigungen im schulischen Bildungssystemen noch verbindlicher zu implementieren. Sie haben es schon gehört, die sexuelle Aufklärung ist bereits Bestandteil des Lehrplans 21 und liegt in den verschiedenen Stufen in der Verantwortung der Lehrperson. Wann und wie das Thema aufgenommen wird, ist nebst den vielen Aufgaben und Ansprüchen an Lehrpersonen eine weitere grosse Verantwortung, insbesondere beim Thema der sexualisierten Gewalt. Für ältere Schülerinnen und Schüler existiert zwar ein nicht obligatorisches Programm, das nennt sich Herzsprung, Freundschaft, Liebe, Sexualität ohne Gewalt, das von den Lehrpersonen gebucht werden kann. Wir waren jedoch sehr erstaunt zu hören vom ED, dass die finanziellen Mittel beim ED und somit bei den einzelnen Schulen nicht ausreichend eingeplant sind, so dass dieses Programm überhaupt standardmässig gebucht werden könnte, wenn dies gewollt würde.

Das darf nicht sein und da erwarten wir, dass die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Deshalb sind wir für die Überweisung zur abschliessenden Stellungnahme der Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Gianna Hablützel-Bürki beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Wir stimmen deshalb darüber ab.

Abstimmung

JA heisst an RR zur abschliessenden Behandlung gemäss Antrag PetKo, NEIN heisst Erledigt

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 17 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003022, 06.03.24 16:41:10]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petition geht an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung. Sie haben dies mit 70 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen 6 Enthaltungen entschieden.

16. Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo

[06.03.24 16:41:25, 23.5549.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen. Das Wort hat der Kommissionspräsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich zur Petition 470 Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum.

Zum Anliegen der Petentschaft: Vertreter der Petition sind der Ansicht, dass die 2018 vom Basler Stimmvolk angenommene Volksinitiative Recht auf Wohnen bisher nicht ausreichend umgesetzt wurde. Die Zahl der in Basel-Stadt als obdachlos gemeldete Personen ist seit Einführung der Initiative lediglich um 20 Prozent zurückgegangen und liegt weithin bei rund 320 Personen. In Basel besteht ein erheblicher Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Die Petentschaft anerkennt, dass es in einer

dicht bebauten Stadt wie Basel nicht einfach ist, neuen und vor allem bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Sie sieht deshalb Potenzial in der Umwandlung von Bürogebäuden in Wohnungen. Zukünftig ist gemäss der Petentschaft nicht damit zu rechnen, dass leerstehende Büroflächen wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt werden. Vielmehr wird die Zahl der leerstehenden Büroflächen noch weiter zunehmen. Sie fordert den Staat einerseits dazu auf, geeignete eigene Immobilien umzuwidmen und andererseits Anreize für Einzelpersonen zu schaffen, ungenutzte Bürogebäude in Wohnraum umzuwandeln. Dafür spricht, dass mehr Wohnraum benötigt wird und ein Überangebot an Büroflächen besteht. Die Petitionsvertreter erwähnten insbesondere auch junge Menschen, die sich im Übergang zwischen Schule und Beruf befinden und auf Sozialhilfe angewiesen sind. Diese könnten von der Umwandlung von Bürogebäuden in Wohnräume besonders profitieren. Insgesamt stellt die Petentschaft fest, dass ein akuter Mangel an bezahlbarem Wohnraum besteht für Menschen mit einerseits sehr begrenzten finanziellen Mittel, aber auch limitierten Wohnkompetenzen. Auf Fragen der Kommission erklärten die Vertreter der Petition, dass Personen ohne festen Wohnsitz überwiegend auf eigene Faust nach Wohnungen suchten. Für obdachlose Menschen ist es wichtig, ein Dach über dem Kopf, ein eigenes Bett, ein eigenes Bad und Kochmöglichkeit zu haben.

Die Haltung des Präsidialdepartements: Die Vertreterin des Präsidialdepartements hat zum einen dargelegt, wie die Umnutzung von Bürogebäuden in Wohnraum von der Kantons- und Stadtentwicklung grundsätzlich beurteilt wird, zum anderen, welche Massnahmen der Kanton zugunsten wirtschaftlich schwächerer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ergriffen und geplant hat. Wir haben heute auch dazu bereits einiges gehört. Der Büroleerstand hat sich im Kanton Basel-Stadt in den letzten Jahren erhöht. Dieser stieg durch den Zusammenschluss der Büroarbeitsplätze der Roche auf dem eigenem Areal auf über 5 Prozent an. Bei Wirtschaftsflächen wird der Leerstand in dieser Grössenordnung allerdings als gesund eingestuft. Die Nachfrage nach Büroflächen sinkt aber durch Flächenoptimierung und das vermehrte Homeoffice. Dem steht jedoch wiederum das Beschäftigungswachstum entgegen, denn bis 2035 soll es im Kanton Basel-Stadt 220'000 Arbeitsplätze geben.

Der Kanton ist gemäss der Vertreterin des Präsidialdepartements im Jahr 2014, basierend auf einer Potenzialstudie, davon ausgegangen, dass infolge der erwähnten Absichten der Roche bis 2021 durch Umnutzung von Büros 400 bis 600 zusätzliche Wohnungen entstehen könnten. Rückblickend lässt sich feststellen, dass innerhalb von acht Jahren 450 Wohnungen entstanden sind, allerdings kaum preisgünstige. Aufgrund der unterschiedlichen Struktur von Büro- und Wohnhäusern sind Nutzungsänderungen mit hohen Umbaukosten verbunden. Sie liegen im Schnitt etwa bei 80 Prozent der Kosten von Neubauten. Wirtschaftlicher als bei reinen Bürogebäuden dürften die Umnutzung bei zum Wohnen gebauten, später aber in Büros oder zum Beispiel Arztpraxen umfunktionierte Gebäude sein. Solche wieder in ihren ursprünglichen Zweck zurückzuführen ist einfacher, da die Grundstruktur auf das Wohnen ausgerichtet ist. Die meisten privaten Eigentümerinnen und Eigentümer von Büroliegenschaften gehen zudem grösstenteils davon aus, dass leerstehende Räumlichkeiten früher oder später wieder vermietet werden können. Die Zahl der Umnutzung ist deshalb eher gering.

Zur Umsetzung des Verfassungsauftrages, dem Ausbau des Angebotes an preis zu günstige Wohnungen hat der Regierungsrat verschiedene Massnahmen ergriffen. Seit 2014 existiert die Objekthilfe bei Genossenschaftswohnungen. Mit der Abgabe von Baurechten an Genossenschaften mit einer breiten Mieterschaft werden diese Bemühungen weiter verstärkt. Die Immobilien Basel-Stadt hat das ebenfalls das auf eine breite Mieterschaft ausgerichtete Wohnbauprogramm 1000 Plus lanciert. Zudem ist die Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung für preisgünstigen Wohnraum vom Grossen Rat beschlossen worden. Sie soll mit dem Kauf von Wohnungen in Bestandesbauten zum Erhalt von günstigem Wohnraum beitragen. Schliesslich verfügt der Kanton über eine gewisse Zahl an Notwohnungen. Das Pilotprojekt Housing First für wohnungs- und obdachlose Menschen mit geringen Wohnkompetenzen soll weitergeführt und ausgebaut werden. Wir haben heute, wie Sie ja wissen, darüber abgestimmt.

Zudem soll der Anteil der preisgünstigen Wohnung von 13,5 Prozent im Jahr 2018 auf 25 Prozent im Jahr 2050 steigen. Als für den Kanton kaum möglich bezeichnet hat es die Vertreterin des Präsidialdepartementes, leerstehende Wohnhäuser zu kaufen und die Wohnungen an besonders benachteiligte Menschen zu vermieten. Auch die von der Stiftung für preisgünstigen Wohnraum erworbene Gebäude sind in der Regel bewohnt. Eine Herausforderung ist es auch, einzelne Wohnungen für das Housing First zu finden. Im Rahmen von Housing First Plus ist es ja die Absicht des Regierungsrates, eine Immobilie zu kaufen, die ausschliesslich für die Betreuung wirtschaftlich benachteiligter Menschen mit unzureichender Wohnkompetenz zur Verfügung steht.

Zu den Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission geht mit der Petentschaft einig darin, dass es in Basel mehr bezahlbaren und zugänglichen Wohnraum für wenig begüterte Menschen braucht. Dass in Basel über 300 Menschen als wohnungslos gemeldet sind, stuft sie allerdings als Alarmzeichen ein. Ein Fragezeichen setzt die Kommission hinter den von der Petentschaft ins Spiel gebrachten Lösungsvorschlag, ist doch mit der Umwandlung von Büros in Wohngebäude noch kein günstiger Wohnraum geschaffen. In der Tendenz dürfte die Umnutzung von grossen Büroflächen in, wie von der Petentschaft gefordert, kleine Wohneinheiten, sogar überproportional aufwendig und teuer sein, braucht es doch für jede einzelne Wohnung eine Grundinfrastruktur wie etwa Nasszelle oder Küche.

Mit Blick auf die Zielgruppe der Petition hinaus kann sich die Petitionskommission durchaus vorstellen, dass die Umnutzung von Büroräumlichkeiten zur Minderung der Wohnungsknappheit beitragen kann. Dass sich aufgrund der Umbaukosten nicht

jedes Bürogebäude dafür eignet, kann sie nachvollziehen. Die Umwandlung von Büro- in den Wohnraum sollte aber nicht auf das Ziel der Schaffung von günstigem Wohnraum reduziert und die Idee deshalb weiterverfolgt werden. Je mehr Wohnraum zur Verfügung steht, desto einfacher wäre es auch für Leute mit kleinem Budget, eine Wohnung zu finden.

Zum Antrag der Petitionskommission: Da am Hearing einige Fragen offen geblieben sind, beantragt die Petitionskommission einstimmig dem Grossen Rat, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Als erster hat sich Andreas Zappalà für die FDP eingetragen.

Andreas Zappalà (FDP): Wenn ich die Kreuztabelle anschau, dann hätte ich vermutlich auch sitzen bleiben können, aber der Antrag der Petitionskommission hat uns in der Fraktion schon ein bisschen geärgert. Vor allem geht es heute wieder darum, dass man eine Petition hat. Die Petition wurde eigentlich sehr gut von der Petitionskommission bearbeitet, die einzelnen Fragen wurden geklärt, und dann stellt man am Schluss über diese Petition hinausgehende Zusatzfragen an den Regierungsrat. Offenbar wurden diese Fragen im Hearing nicht geklärt. Wenn das so ist, dann hätte man ja auch noch nachfragen können und dann diese Beantwortung in den Kommissionsbericht einbauen können.

Aber ungeachtet dessen wurde ein Teil dieser Fragen heute morgen schon beantwortet, als wir das Traktandum 10 behandelt haben. Mindestens zwei dieser Fragen wurden nämlich dort schon thematisiert. Und dann gibt es ja auch noch den Anzug Adrian Iselin, den wir vor ein paar Wochen überwiesen haben. Auch dort geht es um die Frage, inwiefern Büroräume zu Wohnräumen umfunktioniert werden können. Also auch dort wird der Regierungsrat berichten, wie das möglich ist und was seine Meinung dazu ist.

Aus diesem Grund macht es gar keinen Sinn, dass man den Regierungsrat nochmals mit Fragen bombardiert oder die Verwaltung mit Fragen bearbeiten will. Die sollen sich auf die Fragen konzentrieren, die tatsächlich im Raum stehen und nicht auf Fragen, die noch durch eine zusätzliche dritte Kommission gestellt werden.

Im übrigen hat die Kommission, wie bereits gesagt und das hat der Kommissionspräsident jetzt auch sehr klar erläutert, Stellung genommen zur Problematik der Umnutzung von Geschäftsliegenschaften oder Geschäftsräumen zu Wohnraum. Für mich ist das Anliegen, dass man eine Umnutzung von Geschäftsräumlichkeiten zu Wohnräumen, die dann auch noch preisgünstig sein müssen, ein Widerspruch, denn das ist fast nicht möglich. Man kann durch Umnutzung mehr Wohnraum schaffen, aber man kann nicht umnutzen und so viel mehr preisgünstigen Wohnräumen schaffen dass es wirklich auch etwas bringt.

Aus diesem Grund bitte ich Sie im Namen der Fraktion FDP, die Petition als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die Fraktion SP ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich spreche auch für die Fraktion des GAB. Ich möchte Ihnen gemeinsam mit der Mehrheit der Petitionskommission empfehlen, diese Petition an den Regierungsrat zur Beantwortung der Fragen zu überweisen. In diesem Kanton haben wir es momentan mit einem Kapitalstreik zu tun, das Kapital streikt und weigert sich, im Wohnbereich das zu tun, was es angeblich sonst immer machen will, nämlich adäquaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. In diesem Kontext muss alles wieder auf den Tisch, auch etwas, das wir in in diesem Kontext in diesem Rat auch schon diskutiert haben, zum Beispiel das Vorkaufsrecht des Kantons. Es ist darum umso wichtiger und zentral, dass wir uns diesen Fragen jetzt noch einmal annehmen. Ich glaube auch, dass die Petition anders als andere Vorstösse, die wir zu diesem Thema schon behandelt haben, sehr konkret ist, und sie kommt auch von derjenigen Petentschaft, die 2018 eine Volksinitiative in diesem Kanton erfolgreich bestritten hat und das Recht auf Wohnen in der Verfassung verankert hat.

In diesem Sinne finde ich es sehr gut, wenn wir in diesen Zeiten des Kapitalstreiks im Wohnbereich auch den Regierungsrat bitten, diese Fragen zu beantworten. Ich bitte Sie im Namen der SP und der GAB-Fraktion, die Petition zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen. Andreas Zappalà hat den Antrag gestellt, sie als erledigt zu erklären. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Erledigt, NEIN heisst an RR zur Stellungnahme gemäss Antrag PetKo

Ergebnis der Abstimmung

20 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003024, 06.03.24 16:54:49]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben mit 68 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung entschieden, die Petition zur Stellungnahme an den Regierungsrat zu überweisen.

18. Motion 1 Franz-Xaver Leonhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg

[06.03.24 16:55:07, 24.5018.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Die erste Wortmeldung als Einzelsprecher geht an Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Heute geht es in die nächste Runde für das Horburg-Areal. Wir diskutieren die erste Überweisung einer Motion, die einen echten Neuanfang ermöglichen könnte. Ich denke, alle hier drin in diesem Saal und vor allem auch die Quartierbewohner:innen vor Ort haben den Scherbenhaufen und die Ohnmacht noch bestens in Erinnerung, welcher die Regierung, die CS aka UBS unter fleissiger Mithilfe der HKBB angerichtet haben. Der Motionär Franz-Xaver Leonhardt verbindet nun mit diesem Vorstoss geschickt eine grundsätzliche Position mit diesem konkreten Scherbenhaufen aus unserer aktuellen Stadtentwicklung. Es ist ein politisches Angebot, den gordischen Knoten zu zerschlagen und einen echten Neuanfang an diesem Ort zu wagen. Nachdem die Hochhausträume zerbrochen sind, ist das genau der richtige Vorstoss zur richtigen Zeit.

Zum Grundsätzlichen: Diese Motion erinnert an die heute leider verschüttete Idee einer liberalen Bodenpolitik. Diese wurde von einem prominenten Basler, Hans Bernoulli, geprägt. Sein Buch »Die Stadt und ihr Boden« gilt heute noch als das Standardwerk. Darin sind folgende Grundsätze beschrieben: Erstens, die Gemeinde verkauft kein Land. Zweitens, die Gemeinde erwirbt in privatem Eigentum stehendes Land nach Möglichkeit. Drittens, die Gemeinde lässt ihr Land durch Private Nutzen, indem sie ihnen ein Baurecht einräumt an diesem Land. Geradezu aktuell klingt eine weitere Passage in diesem Buch: Die Stadtbaukunst von heute ist ohnmächtig. Es ist klar, dass Kunst und Wissenschaft von der Stadt mit einer wirkungsvoll vollen Bodenpolitik Hand in Hand gehen müssen, wenn sie zur Verwirklichung kommen wollen. Das klingt in unseren Ohren aktueller denn je. Gestern Hans Bernoulli, heute Franz-Xaver Leonhardt, das ist bürgerliche Politik.

Zum Konkreten: Was waren eigentlich die Hauptargumente des Widerstands? Versuchen wir uns zu erinnern, und man kann es heute in der Mittagsausgabe der Baz, auch nochmals nachlesen, die Eigentümerin hat mehrfach und über verschiedene Kanäle immer wieder angekündigt, dass sie ohne rechtsgültigen Bebauungsplan erwägt, das Areal Horburg zu verkaufen und nicht mehr baulich weiterzuentwickeln. Diese Drohung kennen wir auch aus anderen Debatten und ich nenne es genau wie mein Vorredner Beda Baumgartner Kapitalstreik. Kapitalstreik ist die Praxis von Unternehmen, Neuinvestitionen in eine Volkswirtschaft zurückzuhalten, bis eine für sie günstigere Politik Einzug findet. Mir kommen diese Beweggründe bekannt vor. Bei unserer Megabank UBS kommen vermutlich noch interne Gründen dazu, die muss ich gar nicht weiter ausführen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, und vor allem diejenigen der Parteien, die sich einer liberalen Grundhaltung verschrieben haben, Sie müssen wirklich keine Angst haben. Ihr Kollege Franz-Xaver Leonhardt hat sich bei diesem Vorstoss ganz bestimmt keine roten Handschuhe angezogen. Diese Motion zeugt lediglich von einem hervorragenden bürgerlichen Polithandwerk. Das muss ich neidlos eingestehen. Einen solch weitsichtigen Vorstoss unterstützt die SP sehr gerne, und ich hoffe, hier folgt die bürgerliche Zusammenarbeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Meiner Art entsprechend werde ich eher sachlich argumentieren und nicht so theatralisch. Ebenso bin ich mir nicht sicher, ob es wirklich ein Lob ist, wenn ein Bürgerlicher mit seinem Vorstoss so gelobt wird von einem Linken im Parlament. Ich bin zwar Einzelsprecher hier, ich weiss aber, dass mein Votum unterstützt wird von der FDP-Fraktion und auch von der GLP-Fraktion.

Ich glaube, es ist darin klar, dass auf bürgerlicher Seite Anliegen, die den Kauf von Boden durch den Kanton oder die Einwohnergemeinde zum Inhalt haben, nicht sehr gut ankommen. Hier haben wir grundsätzliche Differenzen zu unseren Kolleginnen und Kollegen aus der SP oder dem Linksgrünen Bündnis.

Ob diese Motion zum richtigen Zeitpunkt kommt, mag ich zu bezweifeln. Was wir im Moment haben, ist ein Bebauungsplan, den wir hier diskutiert haben und den wir dann zurückgewiesen haben an den Regierungsrat. Im Moment gibt es also keine rechtlichen Grundlagen, dass hier sich an diesem Grundstück irgend etwas ändert. Die Motion will nun, dass der Regierungsrat Kaufvertragsverhandlungen aufnimmt, und zwar innerhalb eines Jahres. Diese Verkaufsvertragsverhandlungen müssen dann auch zu einem positiven Ergebnis führen. Wenn man dann gekauft hat, dann muss man einen Bauträger bestimmen und dieser Bauträger muss dann neu planen. Die Rückweisung an den Regierungsrat hat genau das zum Inhalt, nämlich dass der Regierungsrat mal schauen soll, was man neu planen kann und welche Möglichkeiten es gibt in Zusammenarbeit mit dem Quartier und mit der heutigen Eigentümerschaft.

Wenn nun der Regierungsrat sagt, er sei vom Parlament verpflichtet worden, Vertragsverhandlungen aufzunehmen, dann ist das ein Signal an die Gegenseite, zu sagen, ja, wenn die kaufen müssen, dann bestimmen wir den Kaufpreis. Und dieser Kaufpreis ist dann nicht ein Kaufpreis, den man jetzt einfach so zahlt, sondern das ist dann eher ein Kaufpreis, der höher liegt. Was handelt man sich mit dem Kauf der Liegenschaft ein? Nichts anderes, als was die Eigentümerschaft heute hat, nämlich eine unklare Rechtslage, Probleme im Bebauen dieses Grundstückes. Und da stellt sich mir schon die Frage, wollen wir jetzt Geld aufwenden, damit wir dann ein Grundstück haben, über dessen Bebauung im Quartier gestritten wird? Wollen wir nicht lieber Leitplanken setzen der heutigen Eigentümerschaft und sagen, das ist bebaubar, das ist nicht bebaubar, hier setzt das Quartier Grenzen. Ich bin der Meinung, dass dieser Weg der richtige ist, und dass die Rückweisung an die Regierung, die wir beschlossen haben, der richtige Weg war. Die Regierung soll jetzt schauen, zusammen mit dem Quartier und der Eigentümerschaft, was möglich ist, und dementsprechend vorgehen. Aus diesem Grund bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ich muss zugeben, als ich zuerst von diesem Vorstoss gelesen habe, damals noch in der Zeitung, nicht die Motion selber, musste ich ein bisschen den Kopf schütteln und schmunzeln. Das ist wieder mal Franz-Xaver Leonharst mit einem ungewöhnlichen Vorgehen, mit einer fixfertigen Visualisierung. Das kann man so machen, okay. Als ich dann den Vorstoss selber auch noch gelesen habe, musste ich sagen, dass es sinnvoll ist, so vorzugehen. Ivo Balmer hat es bereits sehr deutlich ausgeführt und auch mit vielmehr Hintergrundwissen als ich das hier machen kann, auch mit viel mehr Rhetorik. Aber es ist klar, wir haben eine verfahrenere Situation. Und mit dem, was die CS damals noch zusammen mit der Regierung gemacht hat, haben sie sich verrannt. Dieses Projekt war nicht bewilligungsfähig, hatte nie eine Chance auf eine Mehrheit bekommen. Wir haben es zurückgewiesen mit der Idee, dass ein Neuanfang gemacht werden kann.

Einen kreativen Neuanfang braucht es jetzt, und ich denke, dieser Vorstoss ermöglicht das und ermöglicht eben auch, dass nicht die Interessen eines privaten Investors ganz hochgestellt werden, sondern dass man wirklich schauen kann, was die Bevölkerung möchte und was Sinn für den ganzen Kanton macht. Und das ist eben einfacher, wenn das Land auch dem Kanton gehört. Und gerade weil es eben auch sehr unsicher ist, wem dieses Land, dieses Areal, diese Überbauung irgendwann gehören wird – die UBS hat ja angetönt, dass sie das Land vielleicht verkaufen möchte –, macht das Sinn, dass der Kanton das Land selber kauft. Vielleicht ist es ja auch nur eine leere Drohung, der Verkauf durch die UBS. Das könnte schon auch sein, denn wir wissen, diese Überbauung ist rentabel, da braucht es keine Weiterentwicklung. Es braucht kein Hochhaus, damit das funktioniert und es ist eine sehr attraktive Überbauung. Da möchten die Menschen sehr gerne wohnen, es hat für das Quartier ist sehr viel Grün. Es hat viel Charme und bietet gutes Zusammenleben zwischen den verschiedenen Blocks.

Wenn man schon davon redet, dass man Angst hat, was sich der Kanton hier einhandelt, muss man entgegenen, dass wir schon ab und zu ein Risiko eingehen, wenn der Kanton etwas kauft, ich denke ans Rosental, aber bei dieser Überbauung besteht nun wirklich kein grosses Risiko. Man weiss, was man bekommt und man kann schlussendlich auch ein bisschen mit sich selber das Ganze weiterentwickeln. Und wir als Grosser Rat und die Bevölkerung haben endlich die Möglichkeit, auch wirklich mitzureden und zu schauen, dass es eine sinnvolle Entwicklung gibt. Ich bitte Sie, der Motion zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ob Sie nun mein Votum zu baufreundlich oder -unfreundlich, zu wenig bürgerlich oder zu stark links oder umgekehrt finden, ist mir offen gesagt egal. Es geht mir um die Sache. Ich bin immer wieder begeistert von der Rhetorik von Ivo Balmer, auch wenn ich meistens seine Meinung nicht vertrete.

Aber es stimmt natürlich, dass wir im Dezember diesen Ratschlag zurückgewiesen haben, weil er einfach nicht mehrheitsfähig war. Das heisst nicht generell, dass wir gegen Bauen in diesem Kanton sind, das heisst auch nicht generell, dass wir jetzt als Kanton grossflächig Areale kaufen sollten. Es heisst schlicht und einfach, dass die Quartierbevölkerung diesen Ratschlag nicht wollte. Der Widerstand war riesig. Ich habe vor und nach dieser Debatte viele Nachrichten kommen aus der Quartierbevölkerung. Als wir von der SVP damit argumentierten, wurden wir medial etwas belächelt, dass das jetzt unser Hauptargument ist, diesen Ratschlag zurückzuweisen. Selbstverständlich kann man dieses Argument belächeln, wenn man keine Ahnung von Politik hat, aber selbstverständlich macht man natürlich auch Politik für die Menschen. Und dieses Hochhaus war halt einfach nicht mehrheitsfähig.

Zur Motion: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass diese Motion der falsche Weg ist. Wir haben diesen Ratschlag an den Regierungsrat zurückgewiesen, damit der Regierungsrat verschiedene Varianten prüfen kann. Wir sagen nicht, dass dieser Kauf gar keine Option ist, aber wir sagen auch nicht, dass es die einzige Option ist. Wenn man aber den Motionstext etwas genauer liest, dann sieht man, dass Verhandlungen mit dem Eigentümer aufgenommen werden sollen und möglichst auch der Vertrag abgeschlossen werden soll. Das ist schon sehr, sehr absolut. Da sind wir eher der Meinung, dass der Regierungsrat jetzt verschiedene Möglichkeiten prüfen soll, wie man hier weiter vorgeht.

Aus Sicht der SVP-Fraktion kann ich Ihnen auch ehrlich sagen, es ist auch eine Option für uns, dass dort jetzt nicht zwingend viel neuer Wohnraum entstehen muss. Wenn Sie immer sagen, dass hier im dichtbesiedelten Gebiet im ganzen Kanton, im Kleinbasel zwingend neue Wohnungen entstehen müssen, weil es nicht anders geht und weil die Nachfrage zu hoch ist, dann rate ich Ihnen dringend, sich mit der Nachhaltigkeitsinitiative der SVP Schweiz auseinanderzusetzen. Wenn Sie immer das Narrativ vertreten, dass eine 10-Millionen-Schweiz kein Problem ist und hier bei ein paar Dutzend neuer Wohnungen der Widerstand in der Quartierbevölkerung derart gross ist, dass ein derartiges Projekt scheitert, dann haben wir hier doch mehr Probleme, als Sie hier teilweise alle denken. Dementsprechend sind wir nicht in der Verantwortung zu sagen, dass wir überall neuen Wohnraum schaffen müssen, während der Widerstand in der Quartierbevölkerung gross ist. Wir müssen dort neuen Wohnraum schaffen, wo es auch akzeptiert ist, in der breiten Bevölkerung. Das war bei diesem Projekt nicht der Fall. Deshalb haben wir es abgelehnt. Jetzt ist der Regierungsrat am Ball und dafür benötigt es keine neue Motion, die dem Regierungsrat direkt vorgibt, welche Option die richtige ist.

Dementsprechend bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich beginne relativ trocken. Ich habe mal in unserer Geschäftsordnung geschaut, § 42 Abs. 3, darin wird gesagt, dass unzulässig eine Motion sei, die auf den verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates, auf einen Einzelfallentscheid usw. einwirken will. Ich nehme an, die Regierung wird, falls diese Motion überwiesen wird, zu Recht prüfen, ob sie überhaupt zulässig ist. Das interessiert natürlich die Vertreter der Bodenverstaatlichungsideologie, zu denen neuerdings auch die Mitte zählt, und ihr definierter Präsident nicht.

Aber wie soll die Regierung das jetzt umsetzen? Da nimmt sie ja ein bisschen Geld in die Hand, das wahrscheinlich das Kompetenzkonto übersteigt. Wo ist da irgendwo ein finanzrechtlicher Beschluss dafür? Sie sagen, das Finanzvermögen, aber das Finanzvermögen sollte eben nach Prinzipien angelegt werden, die nicht politisch vorgegeben werden durch einen Einzelbefehl, um das ein bisschen zu verdeutlichen. Andreas Zappalà hat schon darauf hingewiesen, wenn Sie jetzt dem Regierungsrat Carte blanche geben, der UBS das Areal abzukaufen, dann höre ich jetzt schon die Champagnerkorken, nicht nur das Alarmtelefon von Raoul Furlano. Das Finanzvermögen über einen politischen Auftrag zu plündern, koste es was es wolle – über so viel Naivität der Mitte staune ist wirklich.

Wir können die Regierung in ihrer Weisheit überlassen, vielleicht ist der Kauf dieses Areals eine gute Idee. Dann soll sie das selber machen und ohne preistreibenden Auftrag durch die Mitte, die wie Honig das Lob der Linke einsaugt. Ich bin wirklich erstaunt. Wenn die Mitte nach links abdriftet, ist eine Mehrheit nicht möglich, aber ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. Da wird gegen das Prinzip in unserer Verfassung verstossen. Es wird sehr unklug gehandelt und das alles noch begründet mit einer Verstaatlichungsideologie. Es ist ein wichtiges Thema. Vielleicht will die Regierung das aus eigenem Entscheid im Finanzvermögen kaufen, sofern es sich um einen angemessenen Preis handelt. Da lobe ich dann vielleicht, aber das über eine Motion anzustossen, ist unverantwortlich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich begrüsse grundsätzlich das Anliegen von Franz-Xaver Leonhardt in einem Punkt, nämlich dass er die Entwicklung des Areal vorantreiben will und mehr Wohnraum entstehen lassen will. Die Fraktion kann jedoch die Motion nicht unterstützen. Die Motion suggeriert, dass sich etwas ändere bezüglich der Qualität des Projektes, wenn der Staat den Boden kauft. Die CS-Anlagestiftung hat über die letzten 10 Jahre alle Optionen geprüft, Wettbewerbe gemacht und ist zum Schluss gekommen auch durch die Beratung der Verwaltung, dass das Projekt, das keine Akzeptanz gefunden hat, die bestmögliche Verdichtungsform ist auf diesem Perimeter.

Es liegen also nicht andere Optionen vor, die grundsätzlich besser wären. Wir haben hier ein Gebiet, auf dem Liegenschaften stehen, die unter Denkmalschutz gehören, und das erschwert die Entwicklung in einer extremen Weise, genau so wie der darunter liegende Strassentunnel. Diese wichtigen Punkte muss man auch noch ins Feld führen, um die Optionen genau zu sehen. Was ändert sich, wenn der Kanton den Boden kauft? Ich gehe nicht davon aus, dass er einfach die Gebäude im Baurecht abgeben kann und jemand einen adäquaten Preis dafür bezahlt, denn wenn das der Fall ist, dann kann ja die CS-Anlagestiftung das auch selbst machen.

Es ist ein interessantes Thema, das hier angesprochen wird und David Jenny hat es auch schon bereits erwähnt. Hier fordert der Motionär, dass Steuergelder, die im vom Finanzvermögen liegen, verwendet werden, um einfach ein Projekt zu kaufen, das mit Anforderungen, die wir selbst definiert haben, so belastet sind, dass es der Eigentümer nicht als rentabel auffasst und darum, wir haben es heute in der Zeitung gelesen, allenfalls verkaufen will. Die Steuergelder im Finanzvermögen müssen auch eine angemessene Rendite abwerfen können. Ansonsten müsste man das Areal ins Verwaltungsvermögen kaufen, und dafür sind auch wir im Grossen Rat zuständig. Das wäre dann immerhin eine gerechte Behandlung dieses Geschäfts.

Ich weiss nicht, welches Signal wir aussenden, wenn wir sagen, wir kaufen alle Projekte oder Immobilien, die nicht mehr rentabel sind oder die Schwierigkeiten haben. Sie haben es alle gelesen, der Kanton hat das Clara-Areal gekauft, die Gartenstrasse gekauft, und die LDP ist kritisch diesen Käufen gegenüber. Wir wollen kein Signal aussenden an die ganze Stadt im Sinne: «Habt ihr ein Problem mit eurer Liegenschaft, verkauft sie uns und geht nach Basel-Landschaft oder Solothurn.» Dies darf nicht das Signal sein.

Ich glaube auch, Hans Bernoulli hätte in der heutigen Zeiten anders darüber geschrieben, wenn die Auflagen so hoch wären, dass der Steuerzahler eigentlich den Scherbenhaufen bezahlen muss und der Private dann einfach verkauft. Das ist auch ein Grund, wieso wir diese Motion nicht unterstützen können. Die Diskussion aber, wer der Bodeneigentümer sein soll in einem dicht besiedelten Gebiet wie der Kanton Basel-Stadt, müssen und werden wir führen, und da bieten wir auch Hand daz. Aber nicht in der Form dieser Motion. Und darum bedanke ich mich dafür, wenn Sie die Motion nicht überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Ivo Balmer an? Sie wird angenommen.

Ivo Balmer (SP): Mich interessiert nur, inwiefern Sie das Gefühl haben, dass der Architekt Hans Bernoulli heute die Bodenspekulation nicht mehr als Problem für die Planung sehen würde, er, dessen Hauptproblem die Bodenspekulation und die Planung war.

Michael Hug (LDP): Damals waren die Rahmenbedingungen wohl anders. Man hatte nicht so ein enges Korsett an Anforderungen, die man erfüllen musste, und vielleicht gab es auch keine Baukommission, die zum Teil Vorschriften machte, dass ein Bau gar nicht mehr möglich war. Und die gleichen Anforderungen muss auch der Kanton als Eigentümer erfüllen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich glaube, es wurden alle Argumente auf den Tisch gelegt. Daher kann ich nur noch eines vorbringen, das mir aber als wichtiges Argument erscheint. Es spielt keine Rolle, ob man jetzt will, dass der Kanton mehr Boden kauft oder nicht. Da haben wir einen grossen Graben. Aber wenn Sie diese Motion überweisen, erreichen Sie nur eines, und das ist ein Hochtreiben des Preises.

Daher wäre ich Ihnen sehr dankbar, Sie würden sie nicht überweisen. Ich finde, es sind Themen, die man auch mal in einer Kommission ansprechen könnte. Man kann uns auch einladen, das ist kein Problem. Man kann darüber diskutieren. Aber die Überweisung dieses Vorstosses halte ich für unsere Staatsfinanzen nicht für sinnvoll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Motionär Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich danke schon vorweg für diese wirklich interessante Diskussion. Für mich ist es wie der Gang nach Canossa. Ich habe das extra als Einzelmotionär unterschrieben, als einfaches Parteimitglied der Mitte, das scheinbar seine Verantwortung nicht übernimmt. Einige sagen, ich sei in der falschen Partei. Nein, ich bin in der richtigen Partei, und am Montag können unsere Mitglieder wählen, ob sie ein Co-Präsidium möchten. Sie sind ganz frei. Nachher werde ich solche Einzelgänge nicht mehr machen, ich habe dann einen anderen Hut auf.

Sie kennen den Canossagang. Der deutsche Kaiser hatte Krach mit dem Papst. Der Papst hat ihn exkommuniziert, er war dann drei Tage vor der Burg und sie haben sich wieder vertragen. Ich hoffe, wir vertragen uns dann heute Abend auch noch.

Was will ich erreichen? Sie haben den Scherbenhaufen erwähnt, wie dieser zustande gekommen ist, wissen wir alle. Ich hatte die Idee, diese Motion einzureichen. Es ist mir wichtig, es ist eine Idee von mir, jetzt halt als Motion. wie dieser gordische Knoten gelöst werden kann. Ich bin doch etwas erstaunt. Ich bin kein Jurist und kann nicht sagen, ob die Motion zulässig ist oder nicht, ich habe mir das auch nicht überlegt. Ich bin nicht so gewandt wie David Jenny. Aber das einzige Argument dreht sich um den Preis. Schauen wir doch den Preis mal an. Es geht hier um eine Fläche von 15'000 m². Man bezahlt ungefähr 3'500 Franken, was leider schon sehr viel ist. Das ergibt eine Totalsumme von 52 Millionen Franken. Jetzt sagt Regierungsrätin Tanja Soland, ich würde den Preis hochtreiben. Ja das stimmt. Nehmen wir an, es seien 20 Prozent zu viel. Dies wird ja bewertet und ich bin ja nicht so dumm zu schreiben, dass das Areal zu jedem Preis gekauft werden müsse. Das ist eine Unterstellung. Ich fordere Kaufverhandlungen, aber nicht, dass das Areal zu jedem Preis zu kaufen sei. Bitte lesen Sie die Motion richtig. Jetzt nehmen wir an, dass die Regierung wegen meiner Motion 20 Prozent zu viel bezahlt. Dann sind das zehn Millionen. Die UBS muss ja noch Steuern bezahlen über den Mehrwert, und da können wir noch 20 oder 30 Prozent Prozent abziehen. Der eventuelle Mehrpreis, den ich allenfalls durch meine Motion verursache, beträgt dann noch acht Millionen. Was machen wir mit acht Millionen? Wir können einen halben Kilometer neue Tramschienen bauen. Das kostet sicher mehr. Wenn wir dieses Land haben, haben wir auch einen Baurechtszins. Nehmen wir an, dieser beträgt 2 Prozent. Das sind jedes Jahr Zinsen von einer Million. In 100 Jahren haben wir einen Ertrag von 100 Millionen. Es ist gut angelegtes Geld. Ich würde es machen.

Mein Verband, der Gewerbeverband, hat mich ja auch angegriffen. Ein Problem ist, dass die Regierung einen Schutzvertrag für Unterschutzstellung dieser Gebäude gemacht hat. Das ist ein Problem, weil die Verdichtung durch diesen Schutzvertrag nicht gemacht werden sollte. Jetzt bitte ich, das Bild einzublenden. Das ist eine Möglichkeit. Wenn wir wieder anfangen und die Unterschutzstellung nur von unten und oben, mit einer Leichtbauweise von Holz Wohnraum auf dem Bestand schaffen, wäre das eine Lösung.

Ich bitte Sie also, seien Sie mutig. Die Erstüberweisung ist noch nicht schlimm. Man könnte sie wieder zurückweisen. Ich bitte Sie, geben Sie sich einen Ruck. Ich bleibe bei der Mitte und danke vielmals für die Diskussion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen von David Jenny und Beat K Schaller an? Sie werden angenommen.

David Jenny (FDP): Ich habe die Anspielung auf den Reuegang nach Canossa als Rückzug der Motion verstanden. Liege ich völlig falsch?

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Sie liegen vollkommen falsch, das ist parteiintern.

Beat K. Schaller (SVP): Sie haben eine interessante Aussage gemacht. Der Kanton soll Kaufverhandlungen führen, aber nachher dann doch nicht kaufen. Das verstehe ich nicht.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Nein, Sie verstehen das schon. Ich habe gesagt, die Regierung soll verhandeln, aber nicht zu jedem Preis kaufen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung der Motion.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 45 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003027, 06.03.24 17:28:44]

Der Grosse Rat beschliesst

die Abstimmung zu wiederholen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gab ein nicht funktionierendes Gerät. Wir wiederholen die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

46 Ja, 45 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003029, 06.03.24 17:30:01]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 46 Ja-Stimmen bei 45 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

19. Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt

[06.03.24 17:30:17, 24.5021.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir kommen zu den Einzelsprechenden Michela Seggiani hat sich zuerst eingetragen.

Michela Seggiani (SP): Diese Motion evoziert, dass das Vorgehen bei Stellen, die projektbezogen sind, nicht transparent sei. Es wäre interessant gewesen, in einer schriftlichen Anfrage die Frage zu stellen, was mit den Stellen und den Stellenbesetzungen passiert, wenn das entsprechende Projekt abgeschlossen ist. Im Text der Motion wird vermutet, dass die Vollzeitstellen behalten und die Personen verschoben werden.

Wenn dem so ist, nehme ich an, dass jeweils in der Abteilung entsprechend und genau budgetiert werden muss. Die Verwaltung, wir wissen es, ist ja auch verpflichtet nach dem Öffentlichkeitsprinzip, da transparent zu agieren und auch entsprechend zu arbeiten. Die Motion fordert auf, rechtliche Grundlagen anzupassen. Meiner Meinung nach ist es aber ja noch gar nicht sicher, ob es das braucht, weil es zuerst erfragt wird. Genau für solche Fragen ist, ich wiederhole mich, eine schriftliche Anfrage ideal. Oder man kann ja auch einmal informell telefonisch oder per E-Mail nachfragen. Mit einer Motion dann gleich so mit der Tür ins Haus zu fallen erachten wir von der SP-Fraktion nicht als zielführend und deshalb sind wir auch gegen die Überweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Im Namen des GAB bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Eine Motion scheint uns das falsche respektive zu starke Mittel zu sein. Meine Vorrednerin hat das ja auch schon ausgeführt. Es wäre zuerst zu prüfen, ob die in der Motion dargelegten Behauptungen auch wirklich eintreffen. Entsprechend wäre die Fraktion bei einem milderem Mittel wie einer Anfrage oder vielleicht sogar einem Anzug vermutlich offener gewesen.

Persönlich stellt sich für mich noch die Frage, ob das Parlament oder zumindest die beiden Aufsichtskommissionen mit den Berichten zur Jahresrechnung und zum Budget nicht bereits genügend Möglichkeiten zur Hand haben, die Situation beim Personal zu analysieren und in der Budgetdebatte entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht entgegennehmen. Das liegt aber nicht am Thema inhaltlich, sondern eigentlich mehr aus formalen Gründen. Es sind sehr operative Fragen, die wir gerne mit Ihnen diskutieren können, vor allem auch mit der Finanzkommission würde das Sinn machen. Sie werden, wenn Sie die Motion überweisen, sehen, dass es nicht so einfach ist, eine Stellungnahme zu machen. Es ist wohl eher eine Frage des Aushandelns. Was sollen wir darstellen im Budgetbericht oder Jahresbericht? Das besprechen wir jeweils mit der Finanzkommission und das macht auch Sinn. Die Motion ist nicht das ganz geeignete Mittel. Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen. Aber selbstverständlich würden wir die Themen auch gerne mit der Finanzkommission aufnehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Gerne gebe ich Ihnen bekannt, dass die Motion von Michael Hug durch die Fraktion der Mitte/EVP unterstützt wird. Natürlich bedauern wir, dass solche Vorstösse überhaupt nötig sind. Wir wünschen uns in diesen Fragen eigentlich mehr Selbstregulierung und Augenmass in der Verwaltung. Aber das stetige Verwaltungswachstum ist vermeintlich ein Naturgesetz, ein Dogma oder ein Axiom, und für Menschen, die dieses ungebremste Wachstum nicht gutheissen, stellt sich die Frage, wie es wirksam eingedämmt werden kann.

Kurz nach dem zweiten Weltkrieg formulierte der britische Historiker Cyrill Parkinson ein Gesetz zum Wachstum der Bürokratie. In der Kurzfassung lautet es wie folgt: Erstens, die Arbeit dehnt sich genau in dem Mass aus, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht und nicht in dem Mass, wie komplex sie tatsächlich ist. Zweitens, Staatsangestellte wünschen grundsätzlich die Zahl ihrer Untergebenen, nicht aber die Zahl ihrer Rivalen zu vergrössern. Drittens, Staatsangestellte schaffen sich gegenseitig Arbeit. Fazit: Die Bürokratie bläst sich eigendynamisch auf, wenn diese Eigendynamik nicht konsequent zurückgebunden wird.

Auch in Basel-Stadt wächst die Verwaltung bekanntlich unaufhörlich. Die Gegenüberstellung von Bevölkerungs- und Personalentwicklung macht deutlich, dass das Personalwachstum im Verhältnis zur Anzahl Kantonsbewohnerinnen und -bewohner seit Jahren überproportional ist. Die Verwaltung wächst demnach trotz Skaleneffekten deutlich schneller als die Bevölkerung in unserem Kanton. Ein Teil des Problems ist, dass die Verwaltung nicht rentieren muss. Umso mehr wäre die Eindämmung des stetigen Personal- und Ressourcenwachstums eine strategische Aufgabe der Regierung und eine Führungsaufgabe in der Verwaltung.

Damit es klar ist: Die Motion verlangt im Grunde nur die Eindämmung des Wachstums, nicht die allenfalls auch mögliche Verkleinerung und Restrukturierung von Verwaltungseinheiten. Dafür gäbe es verschiedene Ansatzpunkte: Digitalisierung, gesteigerte Effizienz, Stärkung der verwaltungsinternen Mobilität, Outsourcing von Aufgaben sowie internes Wirkungscontrolling. Also man könnte durchaus auch in die andere Richtung gehen. Zwar wäre es, wie gesagt eine Führungsaufgabe, den Personalbestand mit den genannten und weiteren Massnahmen unter Kontrolle zu halten. Wenn diese jedoch nicht oder nur ungenügend wahrgenommen wird, muss offenbar das Parlament mit solchen Vorstössen Abhilfe schaffen. Entsprechend bitten wir Sie, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Michela Seggiani. Sie wird angenommen.

Michela Seggiani (SP): Diese Motion sagt nicht explizit, dass sie dieses sogenannte ungebremste Wachstum stoppen möchte. Warum steht es denn nicht drin, wenn Sie das erreichen wollen?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): So wie ich die Motion verstanden habe, will sie primär Transparenz schaffen, um dann eben je nachdem weitere Massnahmen zu ergreifen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Motionär Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich habe das Instrument der Motion gewählt, weil es für mich ein sehr dringliches Problem ist. Sie wurde eingereicht, nachdem die Budgetdebatte geführt wurde, und ich habe auch gesehen, dass diese Diskussion virulent auch in anderen Kantonen geführt wird. Die Motion zielt nicht nur auf eine Gesetzesänderung ab. Eine Motion kann auch den Regierungsrat auffordern, eine Massnahme zu ergreifen. Wie Sie sehen, gibt es in meinem Vorstoss keine direkte Anweisung, ein Gesetz zu ändern. Darum ist meines Erachtens die Motion durchaus ein gutes und richtiges Instrument, indem jetzt auch drei Monate Zeit gegeben wird, einen ersten Bericht zu geben. Aus diesem Grund kann ich auch nicht verstehen, dass die Fraktion der SP dagegen ist mit dem Vorwand, dass die Motion das falsche Mittel sei, aber keine inhaltliche Stellung dazu bezieht.

Die Zahlen sprechen für sich. Während die Bevölkerung zwischen 2011 und 2021 nur um 5 Prozent gewachsen ist, hat das Staatspersonal im Kanton Basel-Stadt um ganze 16 Prozent zugenommen. Diese Diskrepanz ist alarmierend und erfordert Massnahmen. Marco Portmann, Ökonom am Luzerner Institut für Wirtschaftspolitik, meinte zur basellandschaftlichen Zeitung, Basel schwingt schweizweit oben aus, was das Wachstum von Vollzeitstellen in den letzten 10 Jahren angeht. Die Auswirkungen des übermässigen Staatswachstums reichen weit über die Verwaltung hinaus und haben direkte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der öffentlichen Sektor bietet im Durchschnitt höhere Löhne als der private Sektor, was zu einem anerkannten Fachkräftemangel in kleinen und mittleren Unternehmen führt. Dies, meine Damen und Herren, verzerrt den Wettbewerb und beeinträchtigt die Wirtschaft insgesamt.

Die Motion zielt darauf ab, die Schaffung befristeter Stellen für projektbasierte Aufgaben zu regulieren, um sicherzustellen, dass diese Positionen nicht dauerhaft in der Verwaltung verbleiben. Zugegeben ist das Parlament nicht unschuldig an dieser Entwicklung, aufgrund vieler Vorstösse, welche arbeitsaufwändig generieren. Beispiele sind der Ausbau der Fernwärme, Informatikprojekte oder auch die Überbauung der Transformationsareale. Sind die Projekte beendet, ist man geneigt, die entsprechenden Personen für andere Aufgaben zu verwenden. Kommen wiederum neue Vorstösse, werden wiederum Headcounts beantragt. Dies fördert das Stellenwachstum. Ich habe mir das nicht aus den Fingern gezogen, wie suggeriert wird. Ich habe natürlich Gespräche geführt im Vorfeld, ich habe auch das vertieft und es gibt natürlich eine Neigung, im Kanton Basel-Stadt wird tendenziell oder grundsätzlich nicht temporär angestellt und dann muss man auch schauen, was man mit den angestellten Personen wiederum macht. Es gibt natürlich durch diese Vorstösse immer ein Argument, wiederum Personen einzustellen, was auch komplett nachvollziehbar ist aus einer Perspektive der Verwaltung. Mehr Mitarbeitende sind natürlich immer gern gesehen als Unterstützung.

Die Motion möchte hier ansetzen und die Behörden dazu verpflichten, alle projektbezogenen Stellen im Jahresbericht transparent auszuführen. Gegen Transparenz, nehme ich an, hat niemand etwas in diesem Parlament. Es soll auch eine Rechtfertigungsobliegenheit geben, ob die Stelle noch benötigt wird beziehungsweise ob das Projekt noch andauert. Das ist in der Privatwirtschaft ebenfalls der Fall. Dauert ein Projekt länger, kann der Grosse Rat im Rahmen des Budgetprozesses eine Verlängerung der befristeten Stelle beantragen. Es sollen nach Möglichkeiten von Anfang an Temporärstellen geschaffen werden. Dies ist auf Bundesebene teils auch so vorgesehen.

Wir müssen sicherstellen, dass die Verwendung von Steuergeldern transparent und verantwortungsbewusst ist, insbesondere bei befristeten Projekten wie Infrastruktur- und Informatikprojekten. Es ist an der Zeit, dass wir gemeinsam eine nachhaltige Lösung finden, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt und sicherstellt, dass der Staat effektiv und effizient arbeitet, was ich natürlich hier nicht in Frage stellen möchte.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, diese die Motion zu überweisen. Machen wir heute den ersten Schritt für eine Verbesserung der Situation.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Oliver Thommen an. Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Sie haben gesagt, es sei ein dringendes Problem. Sie haben in der Motion keine Frist gesetzt, das heisst nach § 43 Abs. 3 geht es vier Jahre, bis der Regierungsrat das umsetzen muss. Möchten Sie nicht doch lieber einen Anzug einreichen?

Michael Hug (LDP): Ich will eine Massnahme und nicht ein Prüfen und Berichten erwirken. Und zum ersten Punkt: Ich habe bewusst keine Frist gesetzt, weil es immer heisst, in dieser Frist sei es nicht möglich, dies umzusetzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung der Motion.

Bis alle anwesend sind, kann ich Ihnen noch etwas anderes sagen. Es ist so, dass die Prognose der Geschäfte und der Dauer besagt, dass wir nächste Woche noch genau bis am Mittag ungefähr beschäftigt sind. Ich gehe davon aus, dass wir in einer Woche nur eine halbtägige Sitzung haben werden. Das ist noch nicht ein definitiver Entscheid, weil wir ja bei einem Traktandum dann ja auch plötzlich ganz lange diskutieren können. Aber wenn wir so unterwegs sind wie bisher, wird es nächste Woche nur eine halbtägige Sitzung geben.

Jetzt kommen wir also zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003031, 06.03.24 17:45:40]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde überwiesen mit 49 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

20. Motion 3 Joël Thüring betreffend bequem durch die Innenstadt mit einem Tramersatz – damit betagte und mobilitätseingeschränkte Personen und das Gewerbe nicht vergessen gehen

[06.03.24 17:45:54, 24.5031.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erste Sprecherin hat sich Raffaella Hanauer eingetragen.

Raffaella Hanauer (GAB): Meine Fraktion und ich haben wenig Verständnis für diese Motion. Auch uns ist natürlich wichtig, dass alle Menschen barrierefrei in die Innenstadt kommen können, und dies möglichst immer. Und auch uns ist wichtig, dass die Geschäfte in der Innenstadt möglichst wenig betroffen sind und von den Gleissanierungen, die notwendig sind, tangiert werden. Aber das ist nicht die erste Baustelle in der Innenstadt, wo Trams nicht fahren können. Gleissanierungen sind wichtig, damit die Trams sicher durch die Stadt kommen. Üblicherweise sorgt die BVB im Rahmen ihrer Möglichkeiten für einen Ersatzverkehr, auch bei der Linie 3 ist bereits ein Ersatzverkehr mit Bussen angekündigt. Wir hätten uns gewünscht, dass Joël Thüring diese Abklärungen fundiert trifft, die parlamentarische Arbeit ernst nimmt, zuerst einmal eine schriftliche Anfrage macht oder den Hörer in die Hand nimmt und bei den Zuständigen nachfragt, was dann die Ersatzverkehrspläne sind. Er hat das nicht getan. Wir finden, mit einer Motion direkt so einzufahren unverständlich und bitten Sie daher, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Ich kann Raffaella Hanauer eigentlich nur zustimmen. Eine Interpellation hätte es auch getan, dann hätte man die Informationen erhalten. Nach meinen Abklärungen wird es eine Ersatzlösung geben, daher können wir uns diese Motion sparen. Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, diese nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben es gesehen, die Regierung möchte die Motion nicht entgegennehmen. Das ist auch vor allem dem geschuldet, dass auch wir die Motion nicht als geeignetes Mittel sehen, einerseits aufgrund der Frist, auch wenn sie dringlich überwiesen worden wäre im Februar, die Baustelle ist, wie Sie vielleicht wissen, bereits im April und eine Erstüberweisung ist noch kein Auftrag zur Erfüllung, sondern einfach mal zur Berichterstattung. Also schon vom zeitlichen her scheint uns die Motion nicht geeignet. Und dann ist es doch ein sehr operatives Thema, etwas sehr Konkretes. Ich kann nur anbieten, Sie dürfen mir jederzeit eine E-Mail schreiben, mich etwas fragen, selbstverständlich auch eine Interpellation einreichen, und dann werde ich solche Dinge auch gerne abklären.

Hier ist es sogar die BVB, die zuständig ist. Und ich kann Ihnen sagen, dass doch einige Leute auf uns, auf den Kanton, aber auch auf die BVB zugegangen sind mit der Frage, ob sich da nicht noch was machen lässt. Ich kann Ihnen so viel schon sagen, das es sehr gut aussieht, obwohl es nicht ganz einfach ist, weil eben nicht nur die Tramgleise gesperrt sind, sondern auch die Strasse neu gemacht wird. Die Strasse ist gar nicht frei, um sich zu bewegen mit Fahrzeugen. Deshalb gibt es auch keinen standardmässigen Ersatzbus, wie wir das sonst manchmal machen, wenn Tram-Trassees gesperrt sind. Aber es zeichnet sich eine Lösung ab, die die BVB voraussichtlich auch bald kommunizieren kann, weil der Steinenberg respektive dieser Perimeter natürlich sehr sehr intensiv genutzt wird.

Insofern darf ich Sie nochmals bitten, diese Motion nicht zu überweisen. Denn was passiert sonst? Wir würden Ihnen einfach in drei Monaten berichten, was passiert oder nicht passiert ist. Das scheint mir das falsche Mittel zu sein. Wir sind schon daran, das kann ich Ihnen versichern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Raoul Furlano an? Sie wird angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Falls durch eine externe Kommunikationsfirma, wird das kommuniziert?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Das können wir zum Glück mit eigenen Ressourcen, respektive die BVB kann das mit eigenen Ressourcen kommunizieren. Normalerweise machen wir das relativ zeitnah zu den eigentlichen Bauarbeiten, damit die Leute auch wissen, wann die Bauarbeiten stattfinden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zum Motionär, der damit auch selber sagen kann, mit wem er telefoniert hat und mit wem nicht.

Joël Thüring (SVP): Ich bin Raffaella Hanauer sehr dankbar, dass sie mir als ehemaligem Grossratspräsident die parlamentarischen Instrumente erklärt. Ich kenne sie natürlich selbstverständlich nicht. Vielen Dank für die Belehrung. Auch generell finde ich es immer schön, wenn man so belehrende Voten hält, wenn man selber bei Vorstössen vielleicht manchmal sich auch zwei Mal überlegen könnte, ob es einen solchen Vorstoss braucht. Wenn ich auf der Liste der letzten Monate schaue, was alles mit einem Telefonat hätte erledigt werden können, was hier die Ratslinke eingebracht hat, dann wäre die Swisscom wahrscheinlich wegen der Überlastung der Linie zusammengebrochen. Ich finde es immer sehr speziell, wenn man der einen Seite vorwirft, dass man etwas telefonisch hätte klären können, aber bei dem eigenen Anliegen ist dann das Telefon, das wahrscheinlich auch noch eher abgenommen werden würde, weil man der Regierungsmehrheit angehört, offenbar weiter weg.

Ich möchte damit nicht unterstellen, dass Regierungsrätin Esther Keller meinen Anruf nicht entgegengenommen hätte, aber jetzt möchte ich einfach schon dieses Narrativ, dass man ja schon etwas machen wollte, noch ein wenig korrigieren. Das ist einfach nicht klar. Es gab eine Pressekonferenz, das weiss Regierungsrätin Esther Keller sehr gut, an dem diese Projekte der Bauarbeiten in der Innenstadt vorgestellt worden sind, und da war genau diese Tramsperrung, die für viele Menschen und auch für das Gewerbe in der Innenstadt nicht einfach so toll ist, sehr wohl ein Thema. Auf die entsprechende Nachfrage auch eines Journalisten von Telebasel hat der zuständige Leiter der Abteilung in der BVB gesagt, es werde nicht möglich sein, einen Tramsersatz anzubieten. Jetzt also so zu tun, als wäre das doch schon von Anfang an angedacht gewesen und mein Vorstoss hätte auch überhaupt keinen Einfluss darauf gehabt, dürfen Sie sich gerne erzählen, ich glaube nicht daran.

Selbstverständlich war es richtig, dass dieser Vorstoss auch eingereicht wurde, und es ist ja auch bis heute nichts kommuniziert. Raoul Furlano hat auf seine Zwischenfrage auch keine Antwort darauf bekommen. Also normalerweise werden doch solche Dinge selbstverständlich bei der Ankündigung einer Sperrung zum ersten Mal auch publik gemacht und wenn es dann zur Sperrung kommt, ein zweites Mal, damit es die Menschen, die davon betroffen sind, nicht vergessen.

Deshalb ist es tatsächlich so, und da bin ich sogar ein Stück weit bei Raffaella Hanauer, für diesen ganz konkreten Fall ist es nicht ganz einfach, das richtige Instrument zu finden. Das liegt ein bisschen in der Natur der Sache dieses hohen Hauses, dass das nicht immer ganz so einfach ist. Der Anzug wäre auch nicht geeigneter gewesen und nein, Georg Mattmüller, ich glaube auch die Interpellation wäre dafür nicht das geeignete Instrument gewesen, und deshalb braucht es manchmal eben trotzdem eine Motion, die auch auf eine Massnahme hinwirkt, die wir hier im Grossen Rat auch einverlangen können. Das ist selbstverständlich, so lesen Sie den Praxiskommentar unseres Altparlamentardienstleiters Thomas Dähler, der wird Ihnen erläutern, was eine Motion nach neuem System alles kann, und sie kann eben auch das. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion dem Regierungsrat zu überweisen, dass er wirklich auch von uns noch einmal das Signal bekommt, dass wir einen Trammersatz wollen. Und es ist eben auch ein Signal für die Zukunft. Ich glaube schon, und da bin ich erneut bei Raffaella Hanauer, dass das gemacht werden muss, auch weil wir diese Tramgleise regelmässig erneuern müssen und weil das auch selbstverständlich ist, auf dieser sehr volatilen Achse zwischen Aeschenplatz, Bankverein, Schiffflände bis vielleicht zum Claraplatz. Wir können eben nicht einfach sagen, dann fährt halt einfach nichts. Das geht einfach nicht, wenn wir wollen, dass die Menschen auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Das ist ja Raffaella Hanauer ein ganz besonders wichtiges Anliegen, um dem Klimaschutz gerecht zu werden. Dann ist es sehr wichtig, dass wir bei jedem dieser Bauprojekte schauen, dass es einen entsprechenden Trammersatz gibt, und damit ist diese Motion auch ein Signal für die Zukunft, auch an die BVB. Dann braucht es weder Motionen noch Telefonate.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 58 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003033, 06.03.24 17:56:22]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde nicht überwiesen mit 58 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

21. Anzug 1 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli

[06.03.24 17:56:37, 24.5022.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

22. Anzug 2 Eric Weber betreffend Hochgewichtige Menschen beim Kanton Basel-Stadt fördern

[06.03.24 17:57:00, 23.5027.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Das Wort geht an den Anzugstellenden.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist mein letzter Anzug, daher möchte ich als Grossrat die Wichtigkeit dieses Anzuges unterstreichen. Sie alle wissen, mein Lieblingspolitiker ist Joël Thüring und ich arbeite jetzt für den neuen thüringischen Ministerpräsidenten in Thüringen. Das ist Zufall das Wort Thüringen. Ich bin ein Virtuose der Wortakrobatik. Ich esse gerne und daher dieser Anzug.

Der Präsident hat mich darauf angesprochen, dass ich keine Namen nennen darf, und ich werde darum auch keine Namen nennen. Ich habe eine Frage, Herr Präsident. Kann ich jetzt den Anzug zurückziehen? Denn ich werde massiv angegriffen wegen Menschen, denen ich habe helfen wollen, die hoch gewichtig sind? Kann ich den Anzug noch zurückziehen oder geht das nicht mehr?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie dürfen ihn zurückziehen und das Rednerpult verlassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wurde zurückgezogen.

Der Anzug ist erledigt.

Schluss der 6. Sitzung

17:59 Uhr